JOACHIM KUROPKA

Auf dem Weg in die Diktatur. Zu Politik und Gesellschaft in der Provinzialhauptstadt Münster 1929-1934

Im Sommer 1934 konstatierte die Geheime Staatspolizei für Münster und das Münsterland „offensichtliche Oppositionsstimmung in der katholischen Bevölkerung",[1] die „auf den passiven und verdeckt aktiven Widerstand des politischen Katholizismus zurückzuführen"[2] sei. Im Oktober sprach die Gestapo von einer „Stärkung des Selbstbehauptungswillens der unter dem Einfluß des politischen Klerus stehenden katholischen Bevölkerung" und sah „Ansätze zu einer geistigen Widerstandsfront",[3] und im Dezember des gleichen Jahres prognostizierte die Gauleitung in Münster, „daß bei einem offen ausbrechenden Konflikt zwischen Kirche und Staat sich die Mehrzahl der Bevölkerung auf die Seite der Kirche stellen wird".[4]

Das war also nach knapp zwei Jahren nationalsozialistischer Herrschaft aus der „Volksgemeinschaft" geworden, die am 1. Mai 1933, also drei Monate nach der sogenannten Machtergreifung im Deutschen Reich, bereits zur Realität geworden zu sein schien, wenigstens, wenn man den Presseberichten glauben wollte. Die Münstersche Zeitung – wie alle Zeitungen in Münster seit dem 25. Februar zensiert[5] – sei in ihrem Bericht zum 1. Mai in einigen Passagen zitiert: „Von dichten Menschenmassen war der Hindenburgplatz angefüllt, als man auf die Worte des Volkskanzlers Adolf Hitler wartete, auf seine Botschaft. Stumm lauschten die Zehntausende auf dem weiten Platz den Worten des Kanzlers . . . Voll dankbarer Begeisterung sang man das Deutschlandlied zum dunklen Nachthimmel empor . . . Von der hohen Volksverbundenheit und von stolzem Volksglück zeugte ein Wald von Fahnen", und das alles bot „ein Bild großer Begeisterung und Seelenfreude".[6]

Ein paar Tage zuvor hatte man als Eruption praktischer Nächstenliebe die Adolf-Hitler-Geburtstagsspende erleben können. An nicht weniger als 9000

1 Lagebericht für den Monat Juli 1934 der Staatspolizeileitstelle für den Regierungsbezirk Münster, Geheimes Staatsarchiv Berlin (im weiteren GStA) Rep. 90 P, Nr. 14, 6.

2 Lagebericht für August 1934, ebd.

3 Lagebericht für Oktober 1934, ebd.

4 Lagebericht für Dezember 1934 der Gauleitung Westfalen-Nord, Staatsarchiv Münster (im weiteren StAMS), Gauleitung Westfalen-Nord, Hauptleitung, Nr. 4

5 Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes vom 4. 2. 1933, Stadtarchiv Münster (im weiteren StdAMS), Polizeiregistratur Nr. 90.

6 Münstersche Zeitung (im weiteren MZ) v. 2. 5. 1933.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Bedürftige, die sich an der Ausgabestelle am Rosenplatz eingefunden hatten, verteilte die NSDAP Kartoffeln, Brot, Mehl, Hülsenfrüchte und Gutscheine für Fleisch und Kohlen. Allein 80 Wartende waren ohnmächtig geworden und von der SS-Motor-Staffel nach Hause gefahren worden.[7]

Einige Monate vor dem 30. 1. 1933 stellte sich die Situation wiederum ganz anders dar: Als die Nationalsozialisten sich 1931 in etwas stärkerem Maße in der Stadt bemerkbar machten, hatte die Münsterische Morgenpost ihre Aufgabe darin gesehen, „dem Nationalsozialismus die Maske vom Gesicht zu reißen", hatte sie dem Gauleiter Meyer Demagogie und „Spekulation auf die niedrigsten Instinkte" vorgeworfen und nach den Angriffen der Nazis auf die Regierung bereits Barbarei und Lynchjustiz als die Merkmale eines „Dritten Reiches" prophezeit.[8] Wie sehr sich die Zeitung in Übereinstimmung mit ihren Lesern befand, mag die Tatsache beleuchten, daß im April 1932 die NSDAP-Kreisleitung von ihrem Vermieter, einer Elektrogroßhandlung, aufgefordert wurde, die erstmals aufgehängte Parteifahne wieder einzuziehen, da Vorwürfe und Beschwerden der Kundschaft und aus der Bevölkerung laut geworden waren. Anfang August 1932 hatten dann gar sämtliche anderen Mieter die Hausverwaltung „in ultimativer Form" aufgefordert, die Büroräume von NSDAP und NSBO sofort zu kündigen wegen der vielfältigen „Belästigungen" und des „rücksichtslosen Verhaltens" vor allem der jugendlichen Nationalsozialisten.[9]

Auf den ersten Blick scheint es, als würden in dem vergleichsweise kurzen Zeitraum von drei Jahren zwei ganz verschiedene Haltungen gegenüber den Nazis kennzeichnend für die Situation in Münster gewesen sein, etwa so, als sei ein relativ fester ablehnender Standpunkt gegenüber dem braunen Ansturm aufgegeben und nach praktischer Erfahrung von einem Jahr nationalsozialistischer Herrschaft wiedergewonnen worden, ohne daß man sich allerdings unter den inzwischen herrschenden diktatorischen Bedingungen hätte noch entsprechend artikulieren können.

Die Frage stellt sich also, was war „eigentlich" passiert zwischen Ende 1929 und Anfang 1934, was hatte die Überwältigung so fest scheinender weltanschaulich-politischer Positionen ermöglicht, wer hatte sie geleistet, wer hatte sich umarmen lassen und war welchen Einflüssen in welchem Umfang erlegen oder eben auch nicht erlegen. So weit die verfügbaren Quellen das zulassen, soll versucht werden, auf diese Fragen eine Antwort zu geben, indem einige zentrale Punkte des Ereigniszusammenhangs dieser Jahre in Verbindung mit den strukturellen Gegebenheiten der Stadt erörtert werden, und zwar

– die Entwicklung der NSDAP in Münster,

7 Vgl. MZ v. 23. 4. 1933.

8 Münsterische Morgenpost (im weiteren MMP) v. 2. 2. 1931.

9 Schreiben des Vermieters v. 8. 4. 1932, StAMS, NSDAP-Kreis- und Ortsgruppenleitungen, Nr. 97; MMP v. 13. 8. und 18. 8. 1932.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

– die gesellschaftlich-politische Lage der Stadt in den letzten Jahren der Weimarer Republik,
– Situation und Atmosphäre der Umbruchsphase vom Januar bis in den Sommer 1933,
– einige Besonderheiten Münsters in diesem Prozeß, und
– es sollen aus der Beobachtung und Analyse der Entwicklung in der Provinzialhauptstadt Münster einige allgemeinere Folgerungen formuliert werden.

I.

Über die NSDAP-Ortsgruppe Münster wissen wir leider relativ wenig und das meiste noch dazu aus Selbstdarstellungen der Partei von 1933 und 1937,[10] die jedoch ganz falsche Informationen insbesondere über die Stärkeverhältnisse der Partei nicht enthalten dürften, konnte man mit Übertreibungen den eigenen „Kampf" doch nur verkleinern und hätte sich andererseits mit Untertreibungen selbst Erfolglosigkeit bescheinigen müssen.

Die ersten Flugblätter der NSDAP brachte ein Orchestergeiger vom Urlaub aus Nürnberg mit nach Münster, und Hitlers Ideen fanden insbesondere bei den Resten des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Resonanz.[11] Nach dem Mord an Rathenau im Frühjahr 1922 kam es zum Verbot verschiedener Wehrorganisationen, und die am 22. 9. 1922 in der Stadt gegründete NSDAP gab das Sammelbecken für die Versprengten der militaristisch-reaktionären Szene ab. Ende 1923 zählte die Gruppe 80 Mitglieder, unter denen 24 die SA bildeten. Es handelte sich um eine nicht immer ganz ernstgenommene Gruppe selbst innerhalb der vielen sogenannten „nationalen" Organisationen, wenn zum Beispiel ein Mitglied mit einer kleinen Hakenkreuzfahne an der Lamberti-Kirche spazierenging.[12]

Andererseits waren die Nationalsozialisten mindestens nicht unbeteiligt am Sprengstoffanschlag, der am 24. 6. 1923 auf die Druckerei des „Volkswille", der sozialdemokratischen Zeitung in Münster, verübt wurde, weil man in rechtsradikalen Kreisen auf diese Art seiner Empörung über die Kommentierung des Ruhrkampfes Luft machen wollte. Nach dem Hitler-Putsch, während der Haft Hitlers in Landsberg, verlor die Partei weitgehend ihr eigenes Profil. Zwar war es gelungen, den recht bekannten Freikorpsführer Franz Pfeffer von Salomon als Gauführer eines Landesverbandes Westfalen zu gewinnen, doch waren die Nationalsozialisten nur noch ein Partner innerhalb des Völkisch-Sozialen

10 Arno *Schröder:* Mit der Partei vorwärts! Detmold 1940; 15 Jahre NSDAP Münster, 1922-1937, Kreistreffen 15.-17. Oktober 1937, Münster 1937 (im weiteren abgekürzt: 15 Jahre); Münster unterm Hakenkreuz, in: Das Schöne Münster v. 15. 9. 1933.

11 Vgl. dazu Uwe *Lohalm:* Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919-1923. Hamburg 1970.

12 15 Jahre, S. 10, 12.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Blocks,[13] der bei der Reichstagswahl im Jahre 1924 in Münster immerhin 5,5 % der Stimmen erhielt und von der Deutschvölkischen Freiheitspartei dominiert wurde.

Mit dem Prestige Ludendorffs und auch Pfeffer von Salomons wagten sich die Völkischen an größere Veranstaltungen heran. So sollte am 24. 9. 1924 in Münster ein „Vaterländischer Tag" aufgezogen werden, der dann aber nur mit reduziertem Programm durchgeführt werden konnte, weil der Preußische Innenminister die Genehmigung für Veranstaltungen unter freiem Himmel nicht erteilte.[14] Die Nationalsozialisten versuchten später, diese Veranstaltung zu einer großen Demonstration mit 2000 Teilnehmern zu stilisieren – was übrigens von interessierter Seite heute bereitwillig übernommen wird[15] –, nach dem Polizeibericht nahmen an der größten Veranstaltung des Vaterländischen Tages, einem Propagandamarsch durch die Stadt, aber nur 500 bis 600 Personen teil.[16] Wenn auch mit der Formel „Ich schwöre dem Führer Ludendorff Treue" einige hundert Personen von Pfeffer von Salomon vereidigt wurden, befanden sich die Völkischen und speziell die Nationalsozialisten doch in desolatem Zustand. Die Richtungskämpfe innerhalb der westdeutschen NSDAP machten sich im Gau Westfalen, den Pfeffer von Salomon von Münster aus leitete, stark bemerkbar, und Pfeffer von Salomon argumentierte gegenüber Hitler gegen den Begriff „Arbeiterpartei" im Namen der NSDAP – noch firmierte man unter Nationalsozialistische Freiheitsbewegung –, hielt Ludendorff für unverzichtbar für die „Bewegung" und unterzeichnete im Januar 1925 noch „Mit deutschem Heilgruß".[17] Doch schon wenige Monate später schrieb der Gauleiter in einem Rundschreiben: „Führer unserer Bewegung ist Adolf Hitler, der die alleinige Verantwortung trägt und eine geradezu diktatorische Stellung hat."[18] Aber die Reorganisationsbemühungen[19] hatten zunächst nicht den gewünschten Erfolg. Die Nationalsozialisten in Westfalen behielten noch ihre sozialistische Einfärbung. In der Öffentlichkeit wurden sie als „Rechtsbolschewisten" angesehen[20] und litten in Münster vor allem an inneren Querelen. Mitte 1926 konnte „kaum noch von einer einheitlichen Ortsgruppe gesprochen

13 Vgl. zu diesem Zusammenhang Bernd *Hey:* Die nationalsozialistische Zeit. In: Wilhelm *Kohl* (Hrsg.): Westfälische Geschichte, Bd. 2, Düsseldorf 1983, S. 212.

14 StAMS, Regierung Münster VII, Nr. 64, Bd. 1.

15 So Herbert *Klein:* Der Weg zur Macht – Nationalsozialisten in Münster. In: Hans-Günter *Thien*/ Hanns *Wienold* (Hrsg.): Münster – Spuren aus der Zeit des Faschismus. Zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung. Münster 1983, S. 44.

16 Bericht des Kommandos der Schutzpolizei v. 15. 9. 1924, wie Anm. 14.

17 Abschrift eines Schreibens v. 31. 1. 1925, StAMS, Gauleitung Westfalen-Nord, Gauschulungsamt Nr. 162.

18 Vom 20. 7. 1925, StAMS, Gauleitung Westfalen-Nord, Gauschulungsamt Nr. 189.

19 Vgl. Wolfgang *Horn:* Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972, S. 231f.

20 15 Jahre, S. 12.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

werden".[21] Die leitenden Leute lagen in Streitigkeiten, die vor Gericht ausgetragen wurden, und selbst die geschlossenen Veranstaltungen mit Hitler in Bochum und Osnabrück brachten nicht den erhofften Einigungseffekt. Die letztgenannte Veranstaltung spielte dann in der glorifizierenden Parteigeschichtsschreibung der dreißiger Jahre eine gewisse Rolle, weil Hitler auf dem Rückweg in Münster bei einem Parteigenossen übernachtete, des „Führers" einziger Aufenthalt in Münster vor seinem großen Auftritt in der Halle Münsterland im April 1932. Bei den Wahlen blieb die NSDAP zunächst erfolglos, 1924 wurden ganze 886 Stimmen gewonnen und die Ortsgruppe zählte nur 65 Mitglieder, 1927 waren es nur noch 61, und in der Reichstagswahl 1928 erzielte die NSDAP lediglich 608 Stimmen.

Und doch war durch Hitlers Konzept, nach dem er u. a. anders als die Völkischen „Frieden mit Rom machen woll(t)e", eine Voraussetzung dafür geschaffen, daß die NSDAP sich in Münster und dem Münsterland als überhaupt diskutable Alternative darstellen konnte. Wenn sich die Nationalsozialisten andererseits vornehmlich „auf die Mentalität der Handarbeiter" einstellten,[22] fanden sie ihre Anhänger in Münster in der sozialen Pyramide eine Stufe höher. Die Gründungsmitglieder der NSDAP waren im unteren Angestellten- und Beamtenmilieu beheimatet, wenn auch bis 1929 Arbeiter, selbständige Handwerker und Kaufleute aufholen konnten.[23] Insofern kann die frühe münstersche NSDAP, auf die Sozialstruktur Münsters bezogen, ebenfalls zutreffend als untere Mittelstandspartei bezeichnet werden.[24]

Ein Indiz dafür, daß die Nationalsozialisten mehr Zustimmung fanden, war erstmals das Ergebnis der Kommunalwahlen vom 17. November 1929, als die NSDAP 1464 Stimmen erhielt und in einem Jahr 34 neue Parteigenossen zu ihr stießen. Der erste Durchbruch gelang – wie überall im Reich – bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930, bei der die NSDAP auf 5704 Stimmen kam, was jedoch andererseits nur 9,6 % der gültigen Stimmen entsprach, gegenüber 18,3 % im Reichsdurchschnitt. Es war also in Münster ein recht gebremster Durchbruch, der aber für die Entwicklung der Mitgliedschaft nicht ohne Folgen blieb. In den ersten Monaten des Jahres 1931 stieg die Mitgliederzahl nicht unbeträchtlich, im ersten Halbjahr immerhin von 211 auf 363[25] und bis Ende des Jahres angeblich gar auf 745. Zur Feier des zehnjährigen Bestehens im Oktober 1932 zählte die Partei bereits 1247 Mitglieder.[26] Das waren viele und doch auch

21 Bericht des Oberpräsidenten v. 25. 6. 1924, StAMS, Regierung Münster VII, Nr. 64, Bd. 1.

22 Übersicht über die Lage der Rechtsbewegung v. 22. 2. 1926, ebd.

23 Ich stütze mich hier auf die Ergebnisse, die Ludger *Grevelhörster* in seiner Examensarbeit „Die Schlußphase der Weimarer Republik in Münster unter besonderer Berücksichtigung der ‚Machtergreifung' durch den Nationalsozialismus" (Universität Münster 1983) dargelegt hat.

24 Vgl. Michael H. *Kater:* Zur Soziographie der frühen NSDAP, VZG 19, 1971, S. 124f.

25 Bundesarchiv Koblenz (im weiteren BA) NS 22-1075.

26 15 Jahre, S. 38; angesichts der gesicherten Zahlen für das erste Halbjahr 1931 können die Angaben aus der Festschrift der NSDAP als zutreffend angesehen werden.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

wieder wenige. Viele, wenn man auf den Organisationsgrad abhebt, dann kam auf 13 Wähler ein Mitglied; wenige waren es, wenn man die Mitgliederzahl der Partei im Reich in Rechnung stellt, dann hätten es in Münster 25 % mehr sein, und um auf den Reichsdurchschnitt bei den Wahlen zu kommen, hätte die Zahl der NSDAP-Wähler sogar 36 % höher liegen müssen.

So tun sich eine Reihe weiterer Fragen auf: Was gab eigentlich im Herbst 1929 der NSDAP den ersten Auftrieb und wie veränderte sich dann im Frühjahr 1933 die Lage in Münster, daß man in der NSDAP-Festschrift von 1937 schreiben konnte, es sei nötig, „den gefährlichsten Feind des Dritten Reiches historisch fest(zu)nageln: den politischen Katholizismus, der in dieser Heimatstadt Brünings und Muckermanns die Mehrzahl der Bürger bis zum 12. März 1933 in seinen finsteren Bann hielt".[27]

II.

Einen ersten Zugang zu einer Beantwortung dieser Fragen kann die Analyse der politisch-gesellschaftlichen Situation der Stadt Münster abgeben. Münster hatte 123 000 Einwohner, davon waren 80 % katholisch, knapp 20 % evangelisch, kein halbes Prozent jüdisch. Über ein Drittel der Berufstätigen arbeitete im öffentlichen Dienst und anderen Dienstleistungsbereichen, 29,3 % in Industrie und Handwerk und 32,5 % in Handel und Verkehr.[28] Im Vergleich zu anderen Städten werden Münsters Besonderheiten deutlich: Die Stadt hatte unter den nach Einwohnerzahl ersten 50 Städten des Reiches die geringste Zahl der in Industrie und Handwerk Tätigen und andererseits den größten Anteil im Bereich öffentlicher Dienst/Dienstleistungen.[29] Ähnliche Besonderheiten zeigen sich in der Sozialstruktur der Stadt: Es gab mit 12 % überdurchschnittlich viele Selbständige, Münster lag an sechster Stelle unter den deutschen Großstädten; der Anteil der Arbeiter lag unter dem Durchschnitt, von den deutschen Großstädten hatten nur Würzburg und Karlsruhe einen noch geringeren Anteil; bezeichnend ist weiterhin, daß Münster unter allen Großstädten prozentual die meisten Hausangestellten hatte.

Von je 100 Erwerbspersonen waren einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen 16,6 % Selbständige, einschließlich der Soldaten 15,4 % Beamte, 26 % Angestellte, 8,6 % Hausangestellte und 33,4 % Arbeiter. Es gab, um noch einige aufschlußreiche absolute Zahlen zu nennen, über 10 000 Pensionäre und Rentner, etwa 8 500 Beamte, über 14 000 Angestellte, über 5 000 Studenten, etwa 18 000 Arbeiter, 2 500 geistliche Berufe und ungefähr 5 000 Hausangestellte.

In politischer Hinsicht war Münster eine Hochburg des Zentrums. Zu Zeiten

27 Ebd.

28 Statistische Berichte der Provinzialhauptstadt Münster 1930f.

29 A. *Prahl:* Die eigenwirtschaftliche Tätigkeit der Stadt Münster, Emsdetten 1936, S. 27/28.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

des Kulturkampfes hatten die Katholiken zu fast 100% Zentrum gewählt,[30] nach dem Ersten Weltkrieg konnte die Deutsche Zentrumspartei weiterhin über 80% der Katholiken als Wähler gewinnen und über 50% aller Stimmen auf sich vereinigen. Allerdings war das städtische Parteienspektrum, wie es sich in Kommunalwahlen darstellte und sich in der Stadtverordnetenversammlung spiegelte, doch nicht so homogen, wie man angesichts der Konfessionsverteilung vermuten könnte. So gelang es dem Zentrum in der Weimarer Zeit nicht durchgehend, die absolute Mehrheit der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung zu gewinnen. Während auf Reichsebene und in Preußen Kontroversen über kulturpolitische Themen, wie z. B. das Reichsschulgesetz, die konfessionelle Lehrerbildung und das Preußen-Konkordat als Integrationsmomente wirksam blieben, war das münstersche Milieu so weit katholisch geprägt,[31] daß die Gefährdungen der kulturellen Substanz nur aus zweiter Hand erfahrbar blieben. Die Abgrenzung zu den reinen Interessenparteien bereitete daher in den Kommunalwahlkämpfen einige Schwierigkeiten, denn ein relativ großes Wählerpotential gruppierte sich innerhalb ziemlich kurzer Zeiträume um, und die Zentrumspartei blieb von diesen Verschiebungen nicht unberührt.

Die KPD am linken Rand des Spektrums war in Münster praktisch ohne Bedeutung, sie brachte es auf drei bis sechs Prozent der Stimmen und stellte in der Regel einen Stadtverordneten. Das war lange Jahre der Schneider Albrecht, der als Person auch bei den Bürgerlichen gewisses Ansehen genoß, auch wenn er ein politisches und soziales Außenseitermilieu vertrat. Bis 1929 stellte die NSDAP ebenfalls einen Stadtverordneten, den „Reichsredner" Leopold Bolwin, von Beruf Kaufmann. „Und die nennen sich Arbeiterpartei", war dazu der bissige Kommentar des sozialdemokratischen Volkswille.[32] Bolwin war 1928 auf der Liste der Völkischen nachgerückt und hatte 1929 für die NSDAP kandidiert.

Einen kleinen, aber relativ stabilen Faktor bildete die SPD, die es in ihren besten Zeiten, bei der Reichstagswahl vom Mai 1928, auf über 8000 Stimmen brachte. Die SPD verfügte über ein Stammwählerpotential von gut 5000 Stimmen und schickte vier bis fünf Vertreter ins städtische Parlament. In der Stadtverordnetenversammlung galten die Sozialdemokraten als sachkundige Vertreter ihrer Wähler, die mit und mit denen die Bürgerlichen gut zusammenarbeiteten, was sich u. a. in der regelmäßigen Wahl eines SPD-Stadtverordneten als unbesoldetes Magistratsmitglied niederschlug. Trotzdem blieb die Distanz

30 Johannes *Schauff:* Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Köln 1928), Neudruck Mainz 1975, S. 80.

31 50 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen 1919-1968, hrsgg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1969, Anlagen S. 8f. Vgl. Doris *Kaufmann:* Katholisches Milieu und Politik in Münster während der Endphase der Weimarer Republik (1930-1933), wissenschaftliche Hausarbeit (1978).

32 Volkswille (im weiteren VW) v. 3. 11. 1929.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

zum Bürgertum, gesellschaftlich und politisch, vom Volkswille und den Zentrumszeitungen regelmäßig und deutlich artikuliert.

Den größten Schwankungen war das Zentrum ausgesetzt, wenn wirtschaftlich schwierige Zeiten heraufzogen. In der ersten Stadtverordnetenversammlung nach dem Weltkrieg saßen 31 Zentrumsleute, 1924 waren es nur noch 19, aber 1929 konnten 8 Mandate zurückgewonnen werden.[33] Die Stammwählerschaft bei Reichstagswahlen lag bei etwa 30000 Stimmen, die im großen und ganzen bis zur Reichstagswahl 1933 gehalten werden konnten. Selbst in der Kommunalwahl vom 12. März 1933 konnten die „Kommunal-Wähler" des Zentrums sämtlich mobilisiert werden, wenn auch die Zahl der Mandate auf den Stand von 1924 zurückfiel.

Rechts vom Stamm-Zentrum bis zu den Deutschnationalen lag das eigentliche politische Problemfeld, denn hier artikulierten sich die Schichten, die im Zeichen der Krise in der ausgehenden Weimarer Republik auf der Suche nach neuen oder wenigstens anderen politischen Orientierungen waren. Angesichts wachsender wirtschaftlicher Probleme waren die in ihrer sozialen Stellung bedrohten oder sich bedroht fühlenden Schichten vor allem an Parteien interessiert, die auf diesem Gebiet tatsächlich oder vermeintlich ihre Interessen vertraten. In der Kommunalwahl des Jahres 1924 entfielen auf die Parteien zwischen Zentrum und Nationalsozialisten nicht weniger als 22 Mandate. Bei der in Kommunalwahlen immer relativ geringen Beteiligung konnten Mittelstandspartei, Wirtschaftspartei, DVP und DNVP 50% der Stimmen auf sich ziehen. Fünf Jahre später gelang es dem Zentrum zwar, aus diesem Block wieder acht Mandate zurückzuholen und einen sogenannten Bürgerblock von katholischem Mittelstand bis zu den Deutschnationalen zu verhindern. Das taktische Mittel dazu waren zwei Zentrumslisten und der Preis, der dafür gezahlt werden mußte, war eine Wiederholungswahl im Jahre 1930, die zwar für das Zentrum sehr positiv ausging, denn es gewann noch einen Sitz hinzu, die aber zum Ansehensverlust der demokratischen Parteien beigetragen hat. So gelang es in dieser Wahl dem Evangelischen Volksdienst, als konservativ-christliche Gruppierung nach der Spaltung der DNVP um die Jahreswende 1929/30 gegründet, aus dem Stand fünf Mandate zu gewinnen. Eines davon hatte übrigens ein Jahr lang Martin Niemöller inne, der bis zum 20. 5. 1931 Fraktionsvorsitzender des Evangelischen Volksdienstes in der Stadtverordnetenversammlung war.[34] Neben dem Aufstieg der evangelischen Partei gab es weitere nicht zu übersehende Anzeichen für eine fortschreitende Entpolitisierung des Kommunalparlaments. DVP und DNVP bildeten 1929 eine Bürgerliche Einheitsliste, und nicht weniger als 14 von 48 Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung hatten Vertreter von überregionalen oder lokalen Interessenparteien bzw. -fraktionen inne. Der Wechsel einzelner Stadtverordneter von einer Partei zur anderen war so ungewöhnlich nicht; das Zentrum nahm einen zur Mittelstandspartei

33 Verwaltungsbericht der Stadt Münster v. 1. 4. 1915 bis 31. 3. 1926, hrsgg. vom Magistrat, S. 4f.
34 StdAMS, Fach 19, Nr. 48.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

übergetretenen Stadtverordneten 1930 wieder auf, ehemalige DDPler kandidierten für den Bürgerblock, im Februar 1931 und im Januar 1933 trat jeweils ein Stadtverordneter des Evangelischen Volksdienstes zur NSDAP über.[35]

In der letzten, nicht mehr in jeder Hinsicht freien Kommunalwahl am 12. März 1933 war das Zentrum mit 19 Mandaten wieder auf dem Stand von 1924, der rechtsbürgerliche Bereich auf zwei Mittelständler und drei Deutschnationale zusammengeschrumpft und die NSDAP stellte eine 20-Mann-Fraktion. Dieses Ergebnis lag natürlich im Trend der allgemeinen Entwicklung, in der Münster keine Ausnahme bildete. Aber es gibt doch auch kommunale Besonderheiten, die hemmend oder fördernd auf den Gang der Dinge einwirkten.

In knapper Zusammenfassung bot der NSDAP-Ortsgruppenvorsitzende in seiner Einladung zu einer Veranstaltung zum 10. Jahrestag des 9. November 1918 die nationalsozialistische Kritik an der Republik: Versprochen hatte sie angeblich „Ein Leben in Freiheit, Schönheit und Würde; Arbeit und Brot; Regelung der Arbeitszeit; Sozialisierung; Steuervergünstigung; freie Meinungsäußerung in Wort, Schrift und Bild". Das sei die Theorie, die Praxis sah nach den Worten des Ortsgruppenleiters so aus: „Statt Freiheit – Gummiknüppel; statt Schönheit und Würde – Armseligkeit und Knechtschaft: Arbeit und Brot? – nein, 2 Mio. Arbeitslose und Kurzarbeiter; . . . statt Sozialisierung – Vertrustung und Entsozialisierung (Warenhäuser, Reichsbahn); statt Steuerermäßigung – Steuerbolschewismus; statt freie Meinungsäußerung – das Republikschutzgesetz". „Unsere Bewegung hat es sich zum Ziele gesetzt, unter Anwendung aller rechtlichen Mittel, dem deutschen Volke Ehre, Freiheit und Brot wieder zu erkämpfen."[36] Die münsterische Presse nahm von der Veranstaltung dann keine weitere Notiz, aber kaum zwei Jahre später konnte der gleiche Ortsgruppenleiter in der Einladung zur „General-Mitgliederversammlung" am 22. 8. 1930 schreiben: „Parteigenossen! Seit Jahren führen wir den Kampf gegen Lüge, Gemeinheit und Verrat. Trotz Verbot und Terror haben wir uns aus kleinen Anfängen heraus zu einer machtvollen Bewegung entwickelt, die heute schon die Hand ausstreckt, um die politische Macht in Deutschland an sich zu reißen. Schon wankt der Gegner, schon bröckelt es im Gefüge der alten, morschen Parteien."[37]

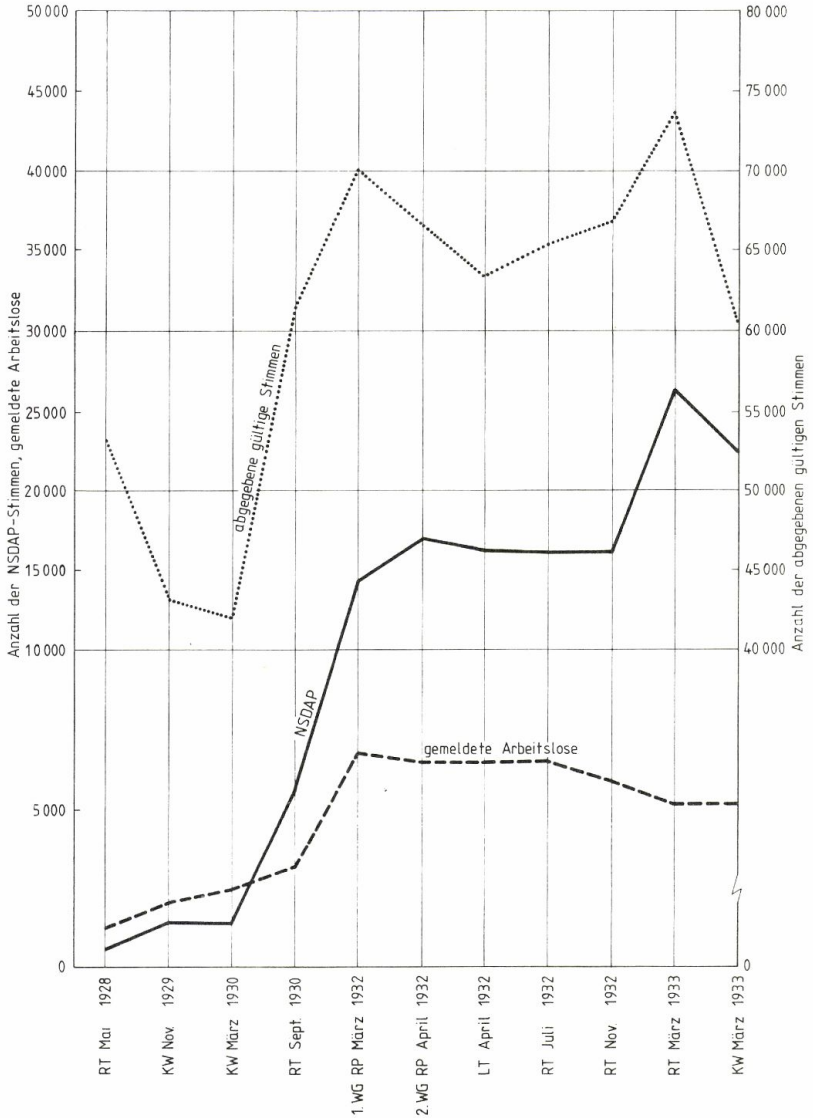
Der unvoreingenommene Betrachter sah in Münster allerdings keine „machtvolle Bewegung". Die NSDAP hatte zwar gerade in der Stadtverordnetenwahl vom 17. 11. 1929 ihre Stimmenzahl um 800 erhöhen, aber doch nur 3,4 % erringen können. Dieses kleine Häuflein – bei rund 43 000 Wählern – war noch nicht einmal eindeutig im Parteienspektrum unterzubringen. Bei den Versuchen, einen „Bürgerblock" zustande zu bringen, war auch der eine NSDAP-Stadtverordnete

35 *Schröder,* S. 306; VW v. 20. 1. 1933.

36 Einladung zur Versammlung mit dem Reichstagsabgeordneten Wagner am 10. 11. 1928, StdAMS, ZB 135, III.

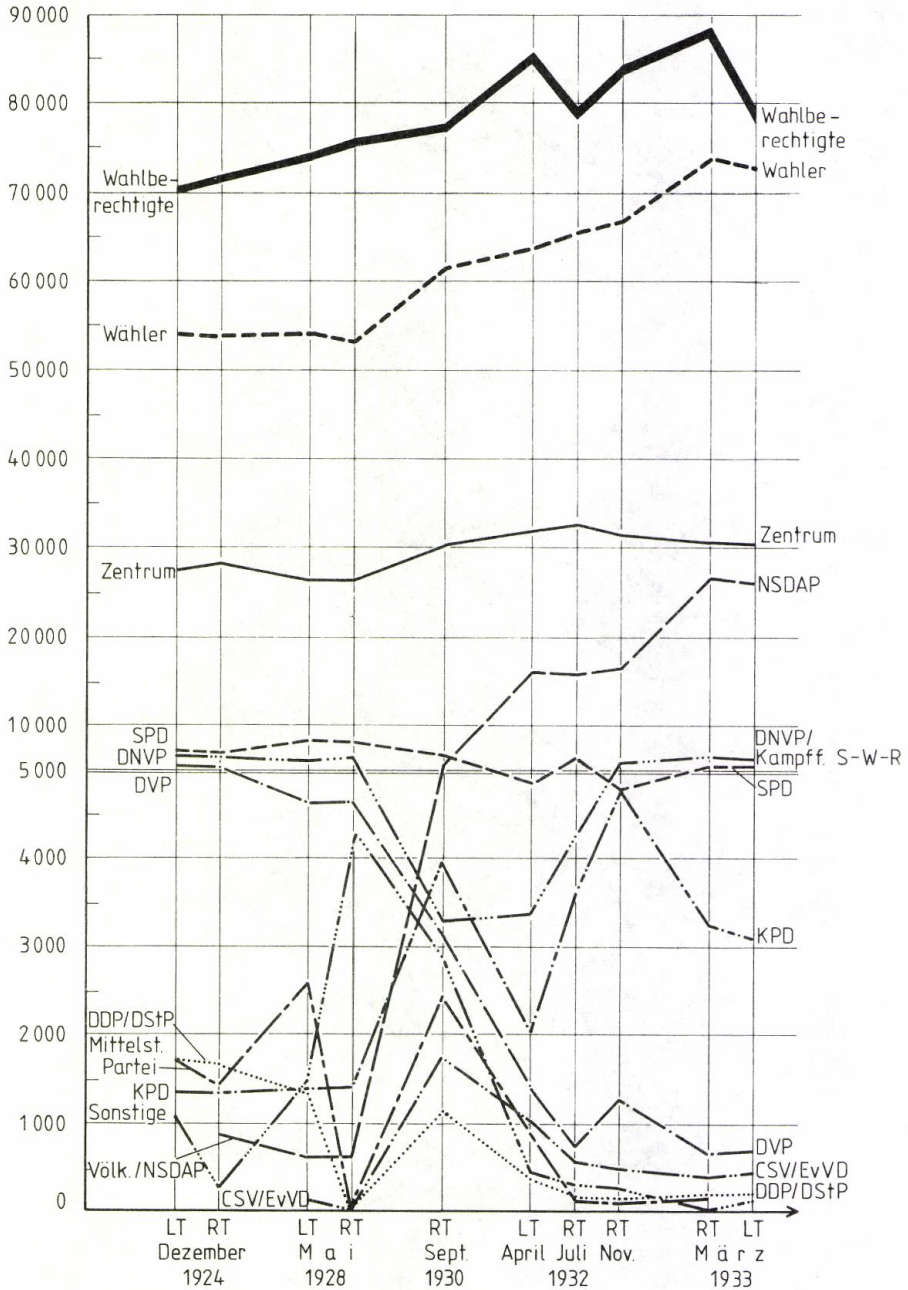
37 Rundschreiben der Ortsgruppenleitung v. 19. 8. 1930, StdAMS, Amt 43 E, Nr. 5.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org



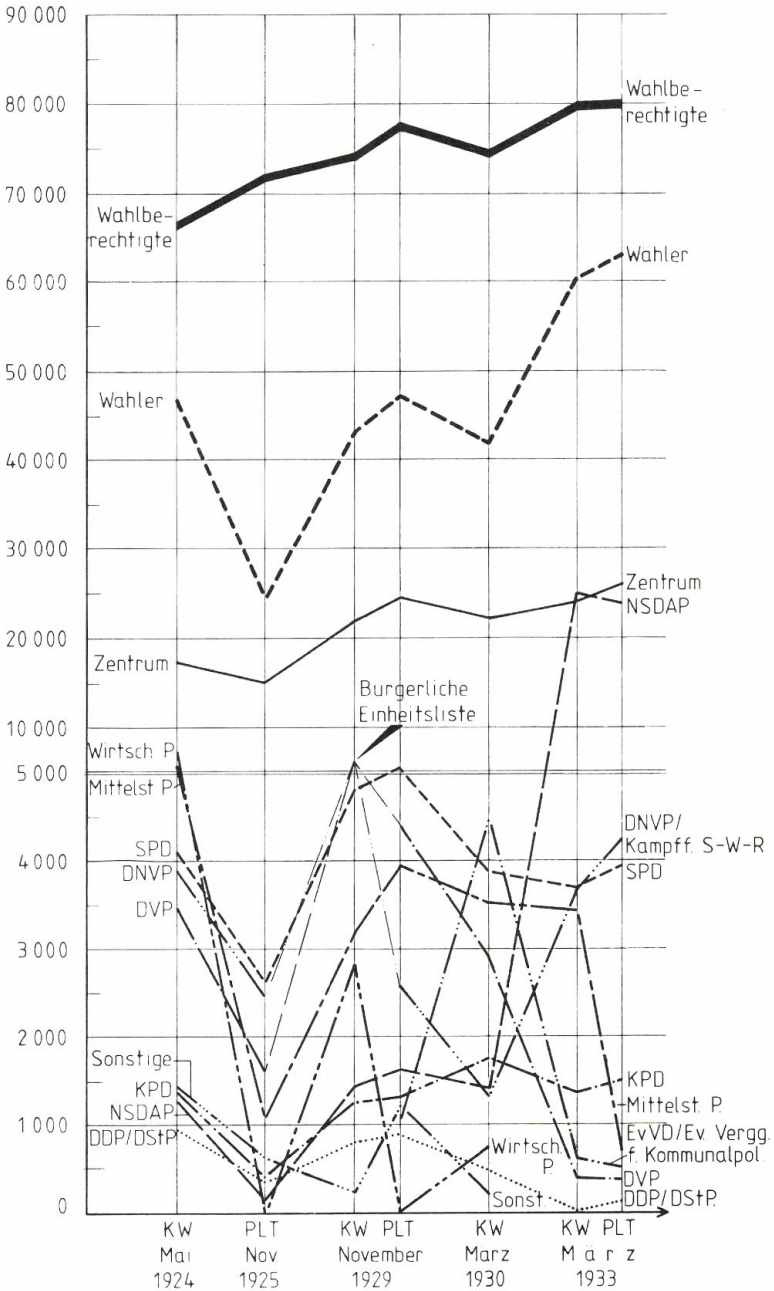
1. NSDAP-Stimmen, abgegebene gültige Stimmen und Arbeitslose 1928-1933

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org



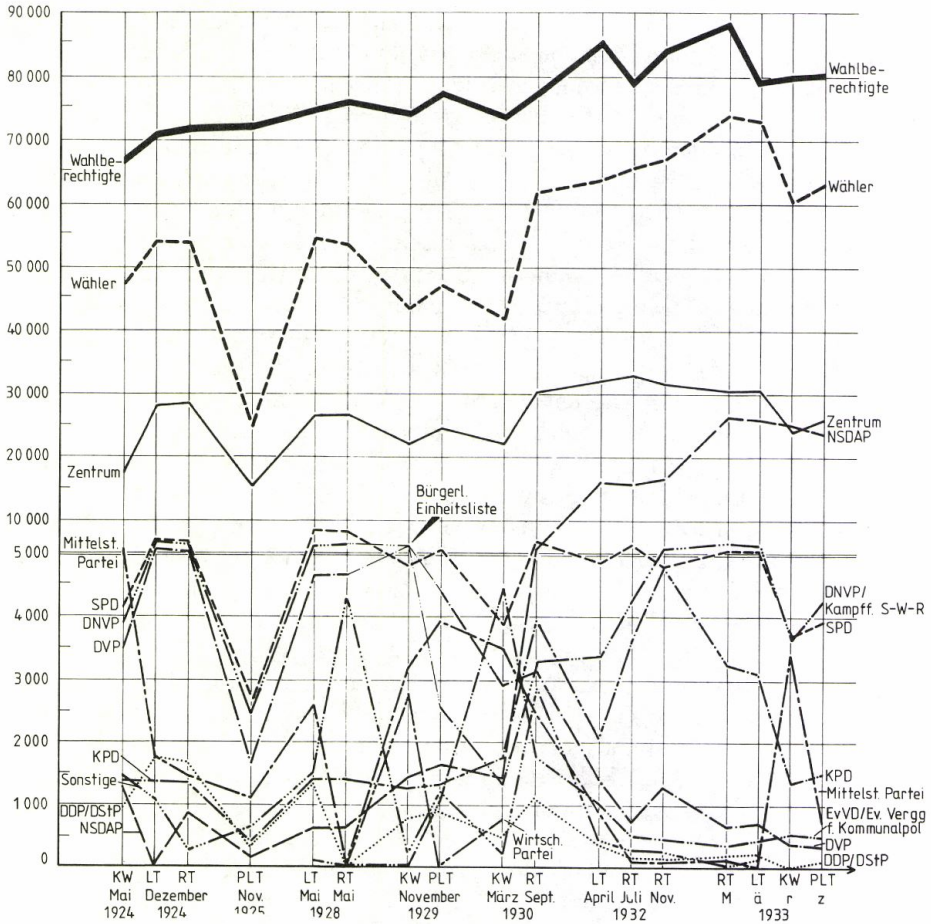
2. Reichstags- und Landtagswahlen 1924-1933.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org



3. Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zum Provinziallandtag 1924-1933.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org



4. Wahlen 1924-1933.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

im Gespräch,[38] und noch 1932 wurden die Nazis zu den „Sozialisten" gezählt, zusammen mit Kommunisten und Sozialdemokraten.[39] Aber die Partei begann auf andere Art von sich reden zu machen und in ihrem „Kampf" gerade die Mittel einzusetzen, gegen die sie sich lautstark wandte: Lüge, Gemeinheit und Verrat. Die von den Sozialdemokraten sogenannten „Hitlerianer" entdeckten vermeintliche Skandale aller Art, die sie zunächst über ihre auswärtige Presse auch nach Münster trugen. Die nationalsozialistische Gauzeitung „Neue Front" aus Essen hatte verleumderische Vorwürfe gegen die Leitung der Dresdner Bank in Münster erhoben, von „Hyänen", „Gaunern", „Schurken" und „Verbrechern" gesprochen; es wurde die Staatsanwaltschaft beschimpft, weil sie den Beschuldigungen angeblich nicht pflichtgemäß nachgegangen sei, und als sich die Betroffenen per einstweiliger Verfügung wehrten, wurden diejenigen, die sich vor die von den Nationalsozialisten sogenannten „Gauner" stellten, auch gleich noch als „Zuhälter" bezeichnet. In diesem Zusammenhang waren dann auch Drohungen gegen jüdische Mitbürger ausgestoßen worden, ein Redner hatte u. a. gerufen: „Jüdische Rasse, deine Stunde kommt!", obwohl Juden in keiner Weise beteiligt waren. Es ging, wie die münsterschen Zeitungen richtig schrieben, nur um die Entfachung eines Skandals, der übrigens für die NSDAP in einem Gerichtsverfahren dann höchst blamabel ausging.[40]

Mit August Bebels Worten beschrieb der Volkswille den hier zutage tretenden Antisemitismus als „Sozialismus der Dummen", der nun eine Wiederauferstehung erlebe. Als man den Nationalsozialisten für eine Versammlung zu diesem Thema den Schützenhofsaal entzog, riefen sie per Handzettel zu einer Versammlung unter freiem Himmel vor dem Schützenhof auf, und tatsächlich kamen zwischen 2000 und 3000 Zuhörer. So konnte die NSDAP Sensationslüsterne in ihre Versammlungen ziehen und Beachtung in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt in der münsterschen Presse und somit kostenlose Reklame finden. Auch Nachrichten solcher Qualität waren für die Presse nicht ohne Interesse, denn die Zeitungen standen unter starkem Konkurrenzdruck. Bis 1930 und seit 1932 gab es in Münster nicht weniger als sechs verschiedene Zeitungen. Vier davon waren allein Zentrumszeitungen, der Münsterische Anzeiger, die Münsterische Morgenpost, der Westfälische Merkur (der 1930 im Münsterischen Anzeiger aufging) und die Münstersche Zeitung. Während der Münsterische Anzeiger vor allem von Handel, Industrie und gehobenem Bürgertum gelesen wurde und eine Auflage von 34000 Exemplaren hatte, war die stärker auf den christlich-sozialen Flügel des Zentrums ausgerichtete auflagenschwache Münsterische Morgenpost von unterer Mittelschicht und Arbeitern abonniert. Die Münstersche Zeitung hatte ihre Hauptverbreitung im unteren und mittleren Beamtentum und auch in der

38 VW v. 7. 9. 1929 und 14. 9. 1929.

39 MMP v. 13. 11. 1932.

40 VW v. 12. 9., 15. 9., 18. 9. und 26. 9. 1929; 15 Jahre, S. 23.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

evangelischen Bevölkerung. Daneben gab es den Volkswille als sozialdemokratische Zeitung, die deutschnational orientierte und den Nationalsozialisten aufgeschlossen gegenüberstehende Westfälische Landeszeitung und seit 1932 die von der NSDAP herausgegebene Nationalzeitung.[41]

Die Kommunalpolitik der ausgehenden 20er und beginnenden 30er Jahre bot dem Bürger insgesamt wenig Erfreuliches. Gerade als sich die Spannungen in der Stadtverordnetenversammlung wegen der ersten ernsten Haushaltsprobleme durch die Wirtschaftskrise und die daraus folgende Arbeitslosigkeit verschärften, wurde die Kommunalwahl vom November 1929 für ungültig erklärt. Das Zentrum hatte mit zwei Listen kandidiert und damit auch seine Probleme signalisiert. Die Sozialdemokraten hatten aufgrund eines Formfehlers Einspruch erhoben, und es kam zu einer Wiederholungswahl, die dem Zentrum noch einen Sitz mehr bescherte. Im übrigen gaben die Einführung neuer Kommunalsteuern (Getränkesteuer, Bürgersteuer), die Bemessung von Gewerbesteuer und Realsteuern, die Notstandsarbeiten, die Beteiligung am Stadtrandsiedlungsprogramm, die Probleme um die Finanzierung des städtischen Theaters und die Einsparungen im Haushalt genügend Zündstoff her. Entlassene Orchestermitglieder prozessierten bis zum Reichsarbeitsgericht gegen die Stadt, die in diesem Fall zwar gewann, aber mehrere andere Prozesse verlor, so daß man sich darüber schon lustig machte.[42] Das Haushaltsdefizit stieg 1932 auf fünf Millionen, und im gleichen Jahr wechselte Münster seinen Oberbürgermeister. Am 28. 4. 1932 schied Oberbürgermeister Dr. Dr. h. c. Sperlich aus seinem Amt, er war 22 Jahre lang in städtischen Diensten gewesen. Die Auseinandersetzungen um die Oberbürgermeisterwahl bewegten angesichts der Bedeutung des Amtes die Bürgerschaft. Auch als der neue Mann, Dr. Karl Zuhorn, bereits tatkräftig agierte, waren die Nachwehen noch spürbar, bis in den Sommer 1933 hinein, weil der ehemalige Oberbürgermeister andauernd mit der Stadt Münster um diverse Ansprüche im Streit lag, der in der Presse lang und breit ausgetragen wurde. Neben solchen Querelen kam es zu „Unregelmäßigkeiten" bei der Stadtsparkasse; man sprach von „Bauskandalen" bei Wohnungsbaugesellschaften, die mit Hilfe von Hauszinssteuermitteln, die von der Stadt vergeben worden waren, Wohnungen errichtet hatten und nun in der Wirtschaftskrise in Zahlungsschwierigkeiten gerieten. Zur Aufklärung wurde ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, bei dessen Recherchen zutage kam, daß u. a. ein Stadtverordneter der Mittelstands-

41 Angaben über die Auflagenhöhe nach Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch. Handbuch der deutschen Presse, 57. Ausgabe 1931, Leipzig 1931; vgl. auch Gottfried *Hasenkamp* (Hrsg.): Dem Wort verpflichtet. 250 Jahre Verlag Aschendorff 1720-1970. Münster 1970, S. 30f.; Franz *Zons:* Die „MZ" und ihre Zeit. Erstrebtes und Erlebtes aus 80 Jahren Geschichte einer münsterschen Heimatzeitung. Münster 1953, S. 67f.; Josef *Massenkeil:* Der Westfälische Merkur. Ein Beitrag zur Geschichte des westfälischen Zeitungswesens. Münster 1904; über das Ende des Westfälischen Merkur berichtet Theodor *Warnecke* in einem unveröffentlichten Manuskript auf Seite 270f.

42 Westfälische Landeszeitung (im weiteren WLZ) v. 24. 11., 11. 12. und 24. 12. 1932; MMP v. 13. 3. 1932.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

partei Bürgschaftsmittel unterschlagen hatte. Man stritt um die Instandsetzung eines Hauses als Oberbürgermeisterwohnung, um die Frage, ob Karstadt ein großes Warenhaus errichten durfte, was endlich zugunsten einer Ladenstraße kleiner Geschäfte abgelehnt wurde, und zu allem Überfluß nahm sich der Direktor des Städtischen Gartenbauamtes das Leben.[43] Alles dies waren Ereignisse, die das Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung nicht gerade befestigten.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise seit 1929 bekam Münster längst nicht in gleichem Maße zu spüren wie andere Städte. Der Höchststand der Arbeitslosen lag im Februar 1933 bei 6 913 Personen,[44] von denen die Stadt 3 518 zu unterstützen hatte. Das bedeutete eine Arbeitslosenquote von 12,8 %. Aber Münster stand damit unter den Großstädten des Deutschen Reiches am weitaus günstigsten da. So hatte unter den vergleichbaren Städten Lübeck bei 129 800 Einwohnern 15 556 Arbeitslose, Bielefeld mit 121 000 Einwohnern 10 396 Arbeitslose, Plauen mit 114 000 Einwohnern 17 662 und Gleiwitz mit 110 000 Einwohnern 8 811 Arbeitslose.[45] Trotzdem führte die Belastung des städtischen Haushalts durch sinkende Steuereinnahmen und steigende Soziallasten auch in Münster zu Formen der Auseinandersetzung, die bisher nicht üblich waren und in der bürgerlich-ruhigen Atmosphäre der Stadt um so stärker ins Bewußtsein der Bürgerschaft traten. Das begann mit der Wortwahl und endete mit offener Gewalt. Über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Augut 1930 berichtete der Volkswille: „Mit ungeheurer Lungenkraft verkündete der münstersche Hitler-Prophet, Stadtverordneter Bolwin, daß der Weg der Nazis über sozialdemokratische Leichen gehen würde. Unter Heiterkeitserfolg versuchte er sich schließlich auf ‚politische' Leichen herauszureden. Mit unheilschwangerer Stimme kündigte sein Konkurrent von Moskaus Gnaden, der Kozi-Prophet Stadtverordneter Steiner, den Bürgerkrieg an. Und die Zentrumsherren verkündeten kleinlaut, daß sie diese Prophezeiung mit den Verordnungen der Brüning-Diktatur ablenken wollten."[46] Und damit vergriff sich der Volkswille auch im Ton, der gegen die sogenannte Brüning-Diktatur polemisierte und erhöhte bzw. neu eingeführte Kommunalsteuern als „Diktatursteuern" ablehnte, obwohl die Regierung Brüning von der SPD parlamentarisch toleriert wurde.

Im Herbst 1930 organisierten die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine sogenannte Verbraucherausschüsse, um die Preisabbauverordnungen zu kontrollieren, über die Preise in den Geschäften zu informieren, mit dem Verein der Kaufmannschaft und den Innungen über die Preisgestaltung

43 WLZ v. 20. 11. 1932; MMP v. 5. 1., 13. 3. 1932, 15. 1. 1933f., 11. 3. 1933; MZ v. 8. 3., 11. 3., 29. 3. 1933; Nationalzeitung (im weiteren NZ) v. 12. 1. 1933f.

44 Verwaltungsbericht der Stadt Münster 1928-1945, Anhang S. 19.

45 Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 29. Jahrgang, Jena 1934, S. 2f. und 544f.

46 VW v. 14. 8. 1930.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

zu verhandeln und evtl. die Kaufleute auch durch sogenannte Selbsthilfemaßnahmen unter Druck zu setzen. In den Verbraucher-Ausschüssen arbeiteten alle in Münster vorhandenen Berufsorganisationen von Arbeitern, Angestellten und Beamten mit. Vorsitzender der Verbraucherbewegung war der Zentrums-Stadtverordnete Kaiser. Die Vertreter der Verbraucherbewegung konnten sich als eine Art Selbsthilfe-Vollzug der Regierungspolitik darstellen, deren administrative Maßnahmen sie durch Aufklärung und Erziehung der Käufer einerseits und durch Druck auf Handel und Gewerbe andererseits ergänzen wollten.[47] Zwar kam es dann nicht zu irgendwelchen Boykottaufrufen oder Käuferstreiks, aber die Kaufmannschaft reagierte natürlich allergisch, verwahrte sich gegen „windige Preisabbau-Parolen"[48] und verwies auf den bereits vollzogenen freiwilligen Preisabbau. Handel und Gewerbe befanden sich tatsächlich in einer außerordentlich schwierigen Lage, die sich mit einigen Zahlen verdeutlichen läßt und die sich durch organisiertes Käufer-Verhalten noch verschärfen mußte: Im Frühjahr 1932 waren allein 1 207 kaufmännische Angestellte arbeitslos, im Rechnungsjahr 1931/32 kam es zu nicht weniger als 132 Konkursen und 149 Vergleichsverfahren.[49]

Die Kommunisten benutzten die steigende Not für ihre Art von Propaganda, indem etwa in der Stadt und während des Wochenmarktes auf dem Domplatz verteilte Sprechchöre „Hunger" riefen,[50] eine der Aktionen, mit der die Kommunisten ihre Erwerbslosenbewegung zu aktivieren suchten.[51] Ein von der KPD veranstalteter Demonstrationszug der Erwerbslosen am 26. 2. 1931 brachte es lediglich auf 130 Teilnehmer, davon 40 bis 50 Mitglieder der münsterschen KP-Ortsgruppe. Es wurden Forderungen artikuliert, die durchaus die Interessen der Arbeitslosen betrafen, und im weiteren Verlauf rief der KPD-Stadtverordnete Steiner dazu auf, am 1. März an der Veranstaltung der Nationalsozialisten teilzunehmen, um diesen zu zeigen, „daß Mitglieder anderer Parteien keine Angst vor ihnen hätten". Neben den Erwerbslosenparolen „Was haben wir, Hunger! Was wollen wir, Arbeit und Brot!", schrie man im Chor: „Hitler verrecke, Prolet erwache!"[52] Bei anderer Gelegenheit skandierten die Kommunisten ihr „Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!", was in einer Schlägerei mit der Polizei endete.[53] Im münsterschen Bürgertum und Kleinbürgertum wurde durch solche Vorkommnisse das Bild der Kommunisten dann in erster Linie bestimmt. Auf dem Neuplatz erklärte noch im September 1930 der KPD-Reichstagsabgeordnete

47 Vgl. *Kaufmann*, S. 61f.

48 Münsterischer Anzeiger (im weiteren MA) v. 18. 11., 23. 11., 10. 12. 1930.

49 MMP v. 30. 4. 1932.

50 WLZ v. 5. 6., 11. 6. 1932.

51 Vgl. Mitteilungen der Mittelbehörden an die Städte, StdAMS, Polizeiregistratur Nr. 90.

52 StAMS, Regierung Münster VII – 67, Bd. 2.

53 VW v. 13. 9. 1930; StdAMS, Polizeiregistratur Nr. 117.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Leow[54] – genannt „Bullen-Willy" – lautstark, warum die Kommunisten den Wahlkampf führten, „nicht um unsere Mandatsziffer im Reichstag zu erhöhen, sondern um die Massen zu mobilisieren. Wir werden den Kampf auf der Straße führen, und zwar mit ganz anderen Mitteln, als mit dem Stimmzettel in der Hand". Der von den Kommunisten so genannte „Sudel-Wille"[55] charakterisierte die Kommunisten als Reaktionäre von der anderen Seite, wenn er kommentierend in das Zitat einschob, im Reichstag („ . . . den eine halbe Kolonne Rot-Front-Leute verjagen wird . . .").[56]

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums versuchten die Nationalsozialisten, aus der wirtschaftlichen Not Kapital zu schlagen, indem sie den Konkurrenzneid in den Dienst ihrer Rasseideologie stellten und jüdische Geschäftsinhaber nicht nur durch Aufkleber an den Schaufenstern ihrer Läden brüskierten, sondern auch durch Telefonterror schikanierten.[57] Vor allem aber war von den Nazionalsozialisten „die Schlägerei als ‚politisches Kampfmittel' eingeführt" worden. Diese Feststellung traf der Volkswille im Juni 1932, der gleichzeitig den Kommunisten bescheinigte, daß sie *ursprünglich* auf diese Art nicht vorgegangen waren.[58] An den in Münster relativ wenigen konkreten Fällen tätlicher Auseinandersetzung waren meist Nazis und Kommunisten beteiligt. Es begann in der Regel mit gegenseitigen Verunglimpfungen („Hitler verrecke!"; „Moskau verrecke!") und endete mehrfach mit Messerstecherei.[59] Beide Seiten schoben sich gegenseitig die Schuld zu, und wenn die einen schuld waren, waren die anderen mindestens nicht unschuldig. Lediglich Mitte Juni 1932 waren an solchen Auseinandersetzungen, die von der SA mit auswärtiger Unterstützung an mehreren Tagen zur Zeit des Geschäftsschlusses in der Innenstadt angezettelt wurden, neben den Kommunisten auch Reichsbanner und katholische Jugend beteiligt.[60]

Hielt man die NSDAP bis 1930 in Münster eigentlich eher für eine gar nicht so ernstzunehmende Splitterpartei, so brachte die Reichstagswahl vom September dieses Jahres die Überraschung. Man wunderte sich jedoch nicht nur über die 5 704 Stimmen der Nazis, sondern ebenso über die 2 555 Stimmen, die die KPD zusätzlich hatte gewinnen können, die damit in Münster 7,6 % der Stimmen bei einem Reichsdurchschnitt von 13,1 % erreicht hatte. Die zeitgenössischen Analy-

54 Willy Leow, 1887-1937, 1904-1916 Mitglied der SPD, seit 1919 der KPD; 1924-33 MdR, 1929-33 Mitglied des ZK der KPD, 2. Vorsitzender des Rotfrontkämpferverbandes, 1933 Emigration nach Moskau, dort bei einer Säuberungsaktion hingerichtet.

55 Flugblatt, StdAMS, Polizeiregistratur Nr. 120.

56 VW v. 11. 9. 1930.

57 VW v. 27. 6. 1932.

58 VW v. 11. 6. 1932.

59 StdAMS, Polizeiregistratur Nr. 96, I; Polizeiregistratur Nr. 116; StAMS Regierung Münster VII, Nr. 67, Bd. 2; VW v. 16. 2., 27. 2., 29. 2., 10. 6., 11. 6. 1932; MMP v. 13. 9. 1930 u. 14. 2. 1932; WLZ v. 10. 6. 1932.

60 VW v. 11. 6. 1932.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

sen erklärten den Zugang der KPD durch „unbelehrbare Arbeitslose" und den der Nationalsozialisten „zum übergroßen Teil aus dem Kreise der Jungwähler und bisherigen Nichtwähler", von jungen Angestellten und auch aus Beamtenkreisen.[61] Nach diesem unerwarteten Erfolg wurde das Jahr 1931 für die Nationalsozialisten „ein ausgesprochenes Jahr des Aufbaus, der inneren Durchorganisation und Schulung",[62] und diese eigentlich immer noch sehr kleine Gruppe entfaltete eine ungeheure Propagandatätigkeit. Im Jahre 1931 fanden nicht weniger als 16 große Veranstaltungen statt, davon allein neun im Großen Schützenhofsaal mit auswärtigen Rednern wie Spangenmacher aus Oldenburg,[63] den Gauleitern Meyer,[64] Sprenger,[65] Florian[66] und Kube.[67] Es sprachen weiterhin NSDAP-Parteigrößen wie Gottfried Feder[68] und Hermann Göring[69] und die Renommier-Nationalsozialisten General a. D. Litzmann[70] und der Prinz August-Wilhelm von Preußen.[71] Vor allem durch die Veranstaltung mit dem Prinzen von Preußen – genannt „Auwi" – wurde die Neugier geweckt, die Veranstaltung „schlug wie eine Bombe ein".[72] August-Wilhelm war sich seiner Möglichkeiten durchaus bewußt, denn seine Rede endete mit einem Aufruf an die 6 000 Teilnehmer, „in ihm nur den NSDAP-Mann, der unter dem Kommando Hitlers stehe, nur einer aus der großen braunen Armee sei, zu sehen und daraus zu erkennen, wo auch ihr Platz sei". Der Redner wandte sich ausdrücklich an alle diejenigen, die gekommen waren, „ihn einmal zu sehen, sich eine Sensation zu verschaffen oder wieder einmal ein Mitglied seiner Familie zu sehen".[73] Die Massen, die in die Versammlungen der Nationalsozialisten strömten, trugen auch noch zur Finanzierung der Partei bei, denn die NSDAP verlangte als einzige Partei durchweg Eintrittsgelder zu ihren Veranstaltungen.

Nun war es keineswegs so, als ob es nur den Nationalsozialisten gelang, die Massen in ihre Versammlungen zu ziehen. Eine Veranstaltung der SPD mit Reichsinnenminister a. D. Carl Severing in der Stadthalle wurde von 2 000

61 VW v. 15. 9. 1930.

62 Münster unterm Hakenkreuz, S. 238.

63 MdR bis 1932, 1932/33 Oldenburgischer Staatsminister für Kultus und Justiz.

64 Seit 1. 1. 1931 Gauleiter des neugegründeten Gaues Westfalen-Nord, 1930 MdR.

65 Gauleiter von Hessen-Nassau-Süd, 1930 MdR.

66 Gauleiter des Gaues Düsseldorf, 1930 MdR.

67 Gauleiter des Gaues Ostmark, 1928 MdR.

68 1924 MdR.

69 1928 MdR.

70 General der Infanterie im Ersten Weltkrieg, zuletzt Kommandierender General einer Armee-Gruppe, 1932 MdR.

71 Vierter Sohn Kaiser Wilhelms II.

72 Münster unterm Hakenkreuz, S. 238.

73 StAMS, Regierung Münster VII, Nr. 67, Bd. 2.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Menschen besucht und in die Zentrumsversammlungen mit bekannten Rednern kamen ebenfalls 5 000 bis 6 000 Zuhörer.[74] Aber selbst das Zentrum konnte nicht – und brauchte natürlich auch nicht – in seiner Propagandaanstrengung mit den Nationalsozialisten konkurrieren. Letztlich reagierten die anderen Parteien durchweg mit Ironie und Ignoranz und verstellten sich damit eine zureichende Analyse des Phänomens NSDAP. Gelang es doch den Nazis nicht nur, „Massen" in Bewegung zu setzen und so ihre politischen Ideen an den Mann zu bringen, die jedem etwas, aber niemandem etwas Genaues boten,[75] sondern auch immer wieder ihr Ordnungs-Spektakel zu inszenieren durch präzise Organisation der Veranstaltungen und den Auftritt ihrer Parteiorganisationen, also insbesondere der SA und der SS, die häufig Verstärkung von außerhalb Münsters erhielten. Der Volkswille sprach von „den bekannten Karnevalsveranstaltungen im Schützenhof",[76] und die Münsterische Morgenpost beschrieb die Strasser-Kundgebung vom 3. 3. 1932 u.a. so:

„Eine exzellente Schule für moderne Propagandisten ist die berauschende Art, in der die NSDAP ihre Veranstaltungen den stets verblüfften Anhängern offeriert. Schneidige Musik, dirigiert von einer Braunhose, ein epaulettenstolzer Tambourmajor, kleine, uniformierte Hitlerjungens (ach, wie süß) und Fahnenaufmärsche. Alles, was das lang kasteite, treu gedient habende und nicht habende Herz schnauzbärtiger und kommißfrommer Männer und hakenkreuzgeschmückter Heldenjungfern gebraucht. Tamtam, aber keine ernsthafte politische Auseinandersetzung."[77] Als „Tamtam-Partei" oder „Klamaukpartei" galt denn auch die NSDAP im münsterschen Bürgertum,[78] für die durch gutgemeinte, aber doch sehr unpolitische Maßnahmen wie die Verweigerung der Halle Münsterland durch Magistrat und den Regierungspräsidenten auch noch kostenlose Reklame gemacht wurde.[79] Die insgesamt fünf Wahlgänge des Jahres 1932 boten dann der NSDAP die Möglichkeit, ihren propagandistischen Eifer bis zum letzten zu entfalten. Von der Vielfalt der Veranstaltungen und der speziellen Ansprache verschiedenster Bevölkerungsgruppen waren auch die anderen Parteien beeindruckt. Im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10. 4. 1932 konnten die Nationalsozialisten mit 17 094 Stimmen ihren Höchststand des Jahres 1932 erzielen, offenbar waren fast alle im ersten Wahlgang auf den Stahlhelm-Führer Duesterberg

74 VW v. 28. 8. 1930.

75 Veranstaltungsthemen 1931 waren u.a.: Der Totentanz des deutschen Volkes; Warenhaus und Mittelstand; Kampf oder Untergang, entscheide dich, Deutscher; Parlamentarischer Interessenhaufen oder Ständestaat; Der Leidensweg des deutschen Volkes; Schicksalskampf des deutschen Volkes. Teilweise wurde jedoch nicht mit den Themen, sondern mit den Rednern geworben.

76 VW v. 30. 1. 1931.

77 MMP v. 5. 3. 1932; vgl. den nicht so ironischen, aber in der Tendenz ähnlichen Kommentar des MA zur Hitler-Kundgebung am 8. 4. 1932, MA v. 10. 4. 1932.

78 Interview mit Dr. Warnecke v. 8. 2. 1983.

79 15 Jahr, S. 140f.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

entfallenen Stimmen auf Hitler übergegangen. Die NSDAP konnte ihre Gewinne dann im großen und ganzen bis zur Novemberwahl 1932 halten.

Anhand der Ergebnisse in den einzelnen Stimmbezirken ließen sich in etwa die Schichten identifizieren, die besonders anfällig waren. Nach den zeitgenössischen Analysen hatte die NSDAP neben Teilen der Angestellten und Beamten auch im Mittelstand Fuß fassen können. Dazu kamen ganz offensichtlich Stimmen der Studenten, denn die Zahl der Wahlberechtigten war innerhalb von zwei Wochen um rund 1 800 gestiegen, was sich nur durch den Semesterbeginn erklären ließ.[80] Eine Analyse der drei Hochburgen der NSDAP in Münster, das sind die Stimmbezirke, in denen sie von April 1932 bis März 1933 zwischen 40 % und knapp über 50 % der Stimmen erhielt, verdeutlicht den etwas unklaren Begriff „Mittelstand". Dahinter verbergen sich eben nicht in erster Linie Kaufleute, selbständige Handwerker und Unternehmer, sondern untere und mittlere Angestellte und untere und mittlere Beamte.

Will man schon mit dem Mittelstandsbegriff arbeiten, dann fällt auf, daß untermittelständische und mittel-mittelständische Überrepräsentation mit besonders hohen NSDAP-Ergebnissen korreliert, während diese Schichten in den Zentrumshochburgen unterrepräsentiert sind und dafür obermittelständische Berufsgruppen vorherrschen, wozu auch höhere Beamte, leitende Angestellte und Freiberufler zu zählen sind.[81]

Dr. Stricker vom linken Zentrumsflügel forderte den Kampf nicht nur gegen die politischen Gegner, sondern auch „gegen die Schlappsäcke, die in ihrer politisch-geistigen Trägheit ersticken . . ., deren ganze politische Weisheit darin besteht, es mit niemandem zu verderben, die ängstlich nach der Konjunktur schielen, wer demnächst wohl oben bleiben wird", und empfahl, „andere Propagandamethoden zu finden, um vor allem die Nichtwähler für das Zentrum zu mobilisieren".[82] Den „Hitlerismus" analysierte der Volkswille als „eine psychopathologische Erscheinung, eine politische Epidemie", die politische Vernunft ausschalte und an „atavistische Instinkte des Unterbewußtseins"[83] appelliere. Bei solchen Einschätzungen begab man sich bereits der eigenen politischen Möglichkeiten, gegen die Nationalsozialisten zu konkurrieren, denn dem Opportunismus ist am besten mit eigener Stärke und erfolgversprechenden Zukunftsaussichten zu begegnen, während eine politische Therapie gegen psychopathologische Erscheinungen noch weitaus schwieriger zu entwerfen ist. Doch schien in Münster soviel noch nicht verloren, wenn die extremen Parteien im November 1932 gut 21 000 Wähler gewonnen hatten, kamen auf die Parteien der Weimarer Koalition etwa 37 600, und in der NSDAP zeigten sich zudem auch in Münster erste Zerfallserscheinun-

80 MMP v. 25. 4. 1932.

81 Vgl. *Grevelhörster,* S. 29/30.

82 MMP v. 13. 4. 1932.

83 VW v. 16. 3. 1932.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

gen. Mitte Januar 1933 kam es zu Schlägereien zwischen SA-Leuten und SS-Angehörigen, und am 15. Januar trat in Münster erstmals die „Schwarze Front" Otto Strassers uniformiert auf und bildete ihren ersten Stützpunkt[84] und gleichzeitig schien es so, als zeigten sich die allerersten Vorboten eines wirtschaftlichen Wiederaufstiegs. „Wenn die Zeichen nicht trügen, so wird es nun wieder, wenn auch ganz langsam, aufwärtsgehen. Je arbeitsfreudiger, hoffnungsvoller und mutiger uns das neue Jahr findet, desto besser wird es uns gehen", schrieb eine Zeitung in ihrem Rückblick auf das Jahr 1932.[85]

III.

Die in Berlin abgelaufene Intrige, durch die Hitler Chef einer Präsidialregierung geworden war, hatte vielfältige Bezüge zu Münster. Heinrich Brüning, parlamentarisch tolerierter Reichskanzler vom 1. 4. 1930 bis zum 30. 5. 1932 war Münsteraner,[86] sein Nachfolger für fünfeinhalb Monate und Vizekanzler im Kabinett Hitler, Franz von Papen, war ebenfalls Westfale. Brünings Entlassung hatte in Münster große Betroffenheit ausgelöst, und der abtrünnige Zentrumsmann Papen wurde als Marionette ostelbischer Grundbesitzer kritisiert, der noch dazu von den Nazis abhängig sei.[87]

„Unter Außerachtlassung aller Parteipolitik" brachten alle Parteien – außer Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen – in der Stadtverordnetenversammlung am 8. 6. 1932 den Antrag ein, Brüning das Ehrenbürgerrecht zu verleihen als Zeichen dafür, daß sein „aus tiefster Vaterlandsliebe geborenes Werk einen Nachhall im Herzen des westfälischen Volkes gefunden hat".[88] Der ehemalige Reichskanzler genoß in Münster weiterhin höchste Wertschätzung, was sich mehrfach auch öffentlich zeigte. Brüning selbst berichtet in seinen Memoiren über seine Rede in Münster am 24. 7. 1932: „Dann sprach ich in der Halle Münsterland vor über 20 000 einschließlich einer Parallelveranstaltung. Eine ähnliche Erregung und Begeisterung hatte ich noch nie erlebt."[89] „Selten hat man die münsterische Bevölkerung so begeistert gesehen wie heute", berichtete die Münsterische Morgenpost. Immerhin war Brüning sogar von Versammlungsteilnehmern auf den Schultern aus der Halle Münsterland getragen worden.[90]

84 VW v. 17. 1. 1933.

85 MMP v. 30. 12. 1932.

86 Vgl. Rudolf *Morsey:* Brüning, ein Staatsmann aus Westfalen. In: Walter *Först* (Hrsg.): Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau. Köln, Berlin 1972, S. 83f.

87 Georg *Schreiber:* Brüning – Hitler – Schleicher. Das Zentrum in der Opposition. Köln 1932, S. 12f.; MA v. 31. 5., 2. 6. 1932.

88 StdAMS, Stadtverordnetenregistratur Nr. 69; MA v. 9. 6. 1932.

89 Heinrich *Brüning:* Memoiren 1918-1934. Stuttgart 1970, S. 618.

90 MMP v. 25. 7. 1932.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Demgegenüber hatte sein Nachfolger Papen auch durch die Ablösung des zum Arbeitnehmerflügel im Zentrum zählenden und recht beliebten Regierungspräsidenten Amelunxen[91] keine gute Presse, wenn man von einigen Landadelskreisen um den Grafen Franz von Galen, der Zentrumsabgeordneter im Preußischen Landtag war, absieht.[92]

Der 30. Januar platzte sozusagen in eine „Kampf- und Werbewoche" der NSDAP hinein, die vom 28. 1. bis 5. 2. 1933 ablief und deren Programm die Zielgruppen der Nazis schlaglichthaft kenntlich macht: Es gab eine Bauern-, eine Beamten- und eine Betriebszellenkundgebung, Versammlungen für den gewerblichen Mittelstand, für die Frauen und für Kriegsopfer, es gab SA- und SS-Werbeabende, eine Kampfbühnenvorstellung, ein Platzkonzert und einen Propagandamarsch.[93] Als letzter Redner sprach Hans Kerrl, seit 1932 Präsident des Preußischen Landtages, der den Sinn der inzwischen für den 5. März ausgeschriebenen Reichstagswahl erläuterte. Nach dem 5. März werde nicht mehr gewählt, „Adolf Hitler habe jetzt die Macht, und niemand in der Welt könne ihn wieder davon abbringen. Die Wahlen des 5. März fänden statt, nicht um eine neue Regierung zu bestimmen, sondern um die feste Fundamentierung dieser Regierung im Volke vor aller Welt durch die Zahl der Stimmen bekennen zu lassen."[94]

Es zeigte sich auch in Münster,[95] wie das gemeint war, denn die Atmosphäre in der Stadt veränderte sich in den nächsten Wochen. Bereits im Laufe des Januar war es zu einigen Schlägereien zwischen auswärtiger SA – die münstersche war im Wahlkampf in Lippe eingesetzt – und Kommunisten gekommen,[96] und die NSDAP hatte auf einem Flugblatt gefordert: „Die Straße frei den braunen Bataillonen! Adolf Hitler die Macht, und Sicherheit, Ruhe und Ordnung sind in Deutschland gewährleistet, Bürger Münsters aufgewacht!"[97] Bei einer sogenannten „Massenkundgebung gegen den Bolschewismus" am 13. Januar 1933 auf dem Ägidiiplatz verkündete der Sturmbannführer Lorenz, daß die Zeichen auf Sturm

91 Nach dem Staatsstreich in Preußen am 20. 7. 1933. Die Motive für Amelunxens Ablösung sind nicht einwandfrei geklärt, vgl. Peter *Hüttenberger:* Rudolf Amelunxen. In: Först, S. 121f.

92 Rudolf *Morsey:* Die Deutsche Zentrumspartei. In: Erich *Matthias,* Rudolf *Morsey:* Das Ende der Parteien 1933 (Bonn 1960). Nachdruck Königsstein/TS. 1979, S. 322; *Brüning:* Memoiren, S. 630/31; Rudolf *Morsey:* Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung" 1932/33. Stuttgart, Zürich 1977, S. 67.

93 StdAMS, Polizeiregistratur Nr. 96, I.

94 MMP v. 7. 2. 1933.

95 Zur Machtergreifung in der Stadt vgl. Joachim *Kuropka:* Die Machtergreifung der Nationalsozialisten (Geschichte original – am Beispiel der Stadt Münster 2). Münster ^{4}1982.

96 VW v. 13. 1. 1933. Die Kampfmannschaften von NSDAP und KPD waren in Münster etwa gleich stark. Die KPD-Ortsgruppe hatte im Januar 1933 zwar nur 86 Mitglieder (StAMS, Regierung Münster VII, Nr. 391), die Stärke des Kampfbundes gegen den Faschismus wurde von der Polizei im Februar 1931 jedoch mit 120 Mann angegeben, SA und SS ebenfalls mit 120 Mann (StdAMS, Polizeiregistratur Nr. 90), was mit den Angaben in „15 Jahre" übereinstimmt.

97 StdAMS, Polizeiregistratur Nr. 96, I.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

stehen, „der Kampf gehe ‚auf Leben und Tod'. Dieser Kampf werde ausgetragen ‚bis aufs Messer'!"[98] In den ersten Februartagen schien es damit schon ernst zu werden, denn SA und SS waren nun eindeutig die Provokateure, obwohl die Täter von der Polizei in der Regel in „links gerichteten Kreisen" vermutet wurden.[99]

In Berlin gefallene Entscheidungen bestimmten in den nächsten Wochen das politische Geschehen auch in Münster. Der Wahlkampf für die Reichstagswahl begann am 5. März, und am 4. Februar wurden ohne entsprechende Rechtsgrundlage die Gemeindeparlamente aufgelöst und Kommunalwahlen für den 12. März ausgeschrieben. Im Besitz der staatlichen Machtmittel entfaltete die NSDAP eine ungeheure Propaganda und ging mit Hilfe der Notverordnungen vom 4. Februar und der sogenannten „Brandverordnung" vom 28. Februar gegen die anderen Parteien vor. Seit Ende Februar sah man durch eine Armbinde als Hilfspolizisten gekennzeichnete SA-Männer in den Straßen, und damit war Wirklichkeit geworden, was angetrunkene SA-Leute, die am 2. Februar vor dem Bahnhof randalierten, einem sie zurechtweisenden Polizisten geantwortet hatten: Nun seien sie die Polizei.[100] Das Zentrum führte in der Stadt den „schwersten Wahlkampf(es) seit Bestehen der münsterischen Zentrumspartei".[101] In einem Aufruf katholischer Organisationen, veröffentlicht am 16. 2., wurden die Dinge beim Namen genannt: „Was sich seit Mitte März vorigen Jahres in unserem Lande ereignet hat, ist ein nationales Verderben." Der Regierung Hitler wurden Rechtsbrüche, wirtschaftliche Bevorzugung bestimmter Schichten und die Verwüstung der deutschen Jugend vorgeworfen. „Wir erfahren es: Bolschewismus kann auch werden unter nationalem Vorzeichen."[102]

Die Folge war ein Verbot der katholischen Presse, das nach scharfen Protesten wieder aufgehoben wurde, in dessen Zusammenhang jedoch der Oberpräsident Gronowski entlassen wurde.[103] Die Empörung, die sich in einer Großveranstaltung in der Halle Münsterland Luft machte, traf auch dort auf den nationalsozialistischen Terror.[104]

Bei einer um fast 10% gestiegenen Wahlbeteiligung – im November 1932

98 VW v. 16. 1. 1933.

99 Der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde an den Regierungspräsidenten v. 8. 2. 1933, StdAMS, Polizeiregistratur Nr. 96, I.

100 VW v. 3. 2. 1933.

101 MMP v. 6. 3. 1933.

102 MMP v. 16. 2. 1933; s. auch Hans *Müller:* Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930-1935. München 1963, S. 59f.

103 Karl *Teppe:* Johannes Gronowski. In: Walter *Först* (Hrsg.): Entscheidungen im Westen. Köln, Berlin 1979, S. 209f. u. ders.: Johannes Gronowski (1874-1958). Arbeitersekretär – Oberpräsident – Parteiführer, WZ 129, 1979, S. 117ff.

104 Die in der Stadthalle vorgesehene Versammlung wurde nach dem Presseverbot in die Halle Münsterland verlegt, vgl. Flugblatt, StdAMS, Amt 43 E, Nr. 5; s.a. MMP v. 22. 2., 26. 2., 5. 3. 1933; Reproduktion de Vesammlungsberichts der MMP v. 22. 2. 1933 bei Kuropka, Dokument Nr. 4.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

hatten 79,4 %, nun aber 88,4 % der Stimmberechtigten gewählt – konnte die NSDAP ihre Stimmenzahl um 10 000 steigern, während das Zentrum von damals 31 661 Wählern 1 000 verlor, die SPD von 5 783 Wählern 400 und die KPD von 4 783 sogar 1 500. Das Zentrum hatte somit seine Standfestigkeit bewiesen, aber eine Woche später war die Zentrumspartei von der NSDAP in der Kommunalwahl knapp überrundet – bei einer gegenüber der letzten Kommunalwahl um 18 % gestiegenen Wahlbeteiligung, nämlich von 57,8 % auf 75,7 %. Obwohl das Zentrum sein „Kommunalwahl-Wählerpotential" voll mobilisieren konnte, hatte es zur stärksten Partei nicht mehr gereicht. Bei 80 174 Wahlberechtigten stimmten 24 042 für das Zentrum, prozentual mehr als in der Kommunalwahl vom 17. 11. 1929, als sich von 74 658 Wahlberechtigten 22 002 für die Zentrumspartei entschieden hatten.

Einen Tag nach der Reichstagswahl begann der endgültige Sturm auf die Kommunen. Die NSDAP hißte die Hakenkreuzfahne auf den Rathäusern, in Münster gegen den Widerstand des Magistrats, was bereits als so ungewöhnlich empfunden wurde, daß die Kontroverse mit der örtlichen NSDAP durch die gesamte deutsche Presse ging.[105] An der Flaggenaktion ist beispielhaft das Zusammenspiel zwischen nationalsozialistisch beherrschten Regierungsstellen und der Parteibasis zu beobachten: Ein unklar formulierter Erlaß des preußischen Innenministers Göring löste Aktionen der örtlichen Parteigruppen aus, die wiederum ihre Forderungen an die Regierungsstellen richteten – in Münster nach Beurlaubung des Oberbürgermeisters und Einsetzung eines Staatskommissars[106] –, denen dann in der Regel von oben stattgegeben wurde. Auf eine Beschwerde des Zentrumspolitikers Joos antwortete Göring lapidar: „Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung hat sich am 5. März zur Hakenkreuzfahne bekannt. Ein verschwindend kleiner Teil der deutschen Bevölkerung stimmte für das Zentrum. Ich bin dafür verantwortlich, daß der Wille der Majorität des deutschen Volkes gewahrt wird, hingegen nicht die Wünsche einer Gruppe, die anscheinend die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden hat."[107]

Während Kommunisten an der Wahrnehmung ihrer Mandate gehindert und wenig später Sozialdemokraten durch Gewalt aus der Stadtverordnetenversammlung entfernt wurden, war das Zentrum der nationalsozialistischen Kampagne von Verdächtigungen, Verleumdungen, Drohungen und Gewalt nicht gewachsen, der Rückzug aus der Politik setzte ein, es kam zu einzelnen Übertritten zu den Nationalsozialisten,[108] bei denen, wenigstens in der offiziellen Begründung, auch das Konkordat eine Rolle spielte. Während wahre Orgien von Volksgemein-

105 MZ v. 9. 3. 1933; Zeitungsausschnitte in StdAMS, Zentralbüro Nr. 195.

106 MA v. 7. 3. 1933.

107 Zit. nach MZ v. 10. 3. 1933.

108 MMP v. 28. 5. 1933, MZ v. 21. 5. 1933; zur Eroberung der lokalen Positionen vgl. Horst *Matzerath:* Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung. Stuttgart, Berlin 1970, S. 61f.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

schaftsfeiern inszeniert wurden, der „Tag der erwachenden Nation" am 4. 3. 1933, ein neuer Nationalfeiertag, der „Tag von Potsdam" am 21. 3. 1933, der 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit" u. a. m., lief vor und hinter den Kulissen unter dem Zauberwort „Gleichschaltung" die Machtdurchsetzung und Machtsicherung der NSDAP ab. Gewerkschaften, Verbände, Parteien, Körperschaften, Vereine wurden verboten, lösten sich auf, schlossen sich an . . .[109] Am 20. Mai waren die leitenden Beamten der Stadt Münster durch Nationalsozialisten ersetzt. Eine Ausnahme bildeten lediglich Stadtbaurat Schirmeyer, dessen Wahlperiode am 19. 8. 1933 ablief und der daraufhin in den Ruhestand trat,[110] und Stadtrat Dr. Fulda. Das, was man gemeinhin Politik nennt, die kontroverse Diskussion bis zur Entscheidungsfindung in öffentlichen Angelegenheiten, fand nicht mehr statt.

IV.

Die Überwältigung der städtischen Selbstverwaltungskörperschaften durch die Nationalsozialisten lief im Prinzip überall nach dem gleichen Muster ab,[111] und das Verhältnis von mehrheitlich nicht nationalsozialistisch eingestellter Bevölkerung und den älteren oder neueren Aktivisten der „Bewegung" dürfte in Städten ähnlicher Struktur von vergleichbaren Komponenten bestimmt sein. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß jede Stadt und jede Region je eigene Züge auch im Prozeß des Übergangs zur NS-Diktatur zeigt, die durchaus von allgemeinerem Interesse sind, denn es läßt sich hier nicht nur aufweisen, ob und inwiefern die Nationalsozialisten lokale Eigenheiten für ihre Durchsetzung zu nutzen wußten, sondern daraus lassen sich eventuell auch Einsichten gewinnen, die die Ursachen für den Untergang der Weimarer Demokratie durchsichtiger werden lassen.

In einer Großstadt, die verhältnismäßig viele Behörden beherbergte und mit

109 Zu Einzelheiten vgl. Karl Dietrich *Bracher:* Stufen der Machtergreifung. In: *Bracher/Sauer/Schulz:* Die Nationalsozialistische Machtergreifung. Opladen 1960, Taschenbuchausgabe Frankfurt/M. 1974, S. 237f.

110 Karl Schirmeyer, geb. 1869 in Osnabrück, seit 1909 Stadtbaurat in Münster.

111 Neben der bereits erwähnten Studie von *Matzerath* weisen dies eine Reihe von Einzeluntersuchungen und Dokumentationen nach, vgl. etwa: William Sheridan *Allen:* „Das haben wir nicht gewollt!" Die Nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930-1935. Gütersloh 1965; Hans Peter *Görgen:* Düsseldorf und der Nationalsozialismus. Köln 1968; Hans Dieter *Schmidt:* Die Nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kreisstadt (Reutlingen). Ein Lokalmodell zur Zeitgeschichte. Frankfurt/M. 1979. Karl *Hüser:* Von der Weimarer Republik ins Dritte Reich oder Eine Zentrumshochburg wird gleichgeschaltet 1930-1935. (Paderborn, Geschichte in Bildern, Dokumenten, Zeugnissen, Heft 1). Paderborn 1983; Karl *Filser*/Hans *Thieme:* Hakenkreuz und Zirbelnuß: Augsburg im 3. Reich. Augsburg 1983. Hans *Nocon:* Die Ereignisse in Bottrop vom Tage der Machtübernahme bis zur Einführung der neuen Gemeindeordnung. In: Vestisches Jahrbuch 60 (1958), S. 97f; Enno *Meyer:* Auf dem Wege zur Macht. Die NSDAP, ihre Wegbereiter und ihre Gegner in einer norddeutschen Stadt 1930-1933 (Oldenburg). Frankfurt/M. 1981. Bernd *Burkhardt:* Eine Stadt wird braun. Die Nationalsozialistische Machtergreifung in der Provinz (Mühlacker). Hamburg 1980.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

einer überwiegend streng katholisch gesinnten Bevölkerung, boten sich der Agitation der Nationalsozialisten besondere Möglichkeiten und natürlich besondere Probleme. Die ersten Nationalsozialisten rekrutierten sich aus dem untermittelständischen Verwaltungsmilieu und fanden seit dem Beginn der Wirtschaftskrise und den einschneidenden Sparmaßnahmen dort ihre weiteren Zuhörer und auch Anhänger, denn die beengten Lebensverhältnisse dieser Schicht wurden noch beengter, man sah seinen Status ernstlich gefährdet. Vor dem gänzlichen Überschwenken dieses Bevölkerungsteils und des ebenfalls besonders bedrängten selbständigen Mittelstandes bewahrte die katholische Religion. Auf der weltanschaulichen Grundlage gleichen religiösen Bekenntnisses vermochte die Zentrumspartei diese und weitere Interessen politisch zu integrieren, wenn auch unter großen Schwierigkeiten. Dies machte die Kommunalwahl von 1929 mit den nach „Linkszentrum" und „Rechtszentrum" getrennten Listen nur allzu deutlich, und trotz des Wahlerfolges wurde ein Großteil der Kraft des Zentrums durch innere Auseinandersetzungen absorbiert. Von den Nationalsozialisten wurde die Zentrumspartei in Münster als Hauptgegner angesehen, dem man bei aller Werbung um die Katholiken – etwa unter dem Stichwort „Wenn der Bolschewismus noch nicht tobt . . . und der Dom zu Münster noch steht, dann ist es das Verdienst unseres Führers Adolf Hitler" – nicht beizukommen vermochte.[112] Immerhin schufen die Nationalsozialisten die organisatorischen Voraussetzungen für den Kampf um die Provinzialhauptstadt, indem sie die Gauleitung ihres Gaues Westfalen-Nord am 1. 10. 1932 nach Münster verlegten[113] und in der Stadt für ein weites Umland ihre Versammlungsspektakel inszenierten. Die Veranstaltungen boten den üblichen schematisierten Ablauf, und die zunächst noch zugelassene „Diskussion" – je ein Redner anderer Parteien konnte eine zugemessene Zeit sprechen – fiel seit Ende 1931 weg, es waren reine „Kundgebungen" geworden. Und doch war jede Veranstaltung ein eigener Kampf um Besucher, die zum Teil von weither angekarrt wurden, um den Verkauf der Eintrittskarten, um den Prestigeerfolg, um die Demonstration eigener Stärke. Fällt es schon auf, daß in den „Diskussionen" bei größeren nationalsozialistischen Veranstaltungen keine Zentrumsvertreter sprachen,[114] so ist eine andere Form der Auseinandersetzung mit der NSDAP bemerkenswert, nämlich die Verweigerung der Halle Münsterland als Versammlungsstätte. Schon 1931 wurde von der noch kleinen NSDAP-

112 NSDAP-Flugblatt zur Reichspräsidentenwahl 1932, StAMS, Gauleitung Westfalen-Nord, Gauschulungsamt Nr. 120.

113 Der Gau Westfalen-Nord war am 4. 1. 1931 gegründet worden; die Gauleitung befand sich bis 15. 2. 1931 in Gelsenkirchen-Buer, Westerholter Str. 21, bis 1. 11. 1931 in Gelsenkirchen, Florastr. 95, bis 1. 10. 1932 in Gelsenkirchen, Hochstr. 48, bis 15. 2. 1935 in Münster, Annette-von-Droste-Hülshoff-Allee 25, bis 15. 12. 1936 in Münster, Domplatz 37/38, und seitdem in Münster, Bismarckallee 5; Angaben nach Schreiben des Gaupresseamtsleiters an das Hauptarchiv der NSDAP v. 21. 1. 1937, BA NS 26-164.

114 Vgl. Berichte in StdAMS, Polizeiregistratur Nr. 96, I und StAMS Regierung Münster VII Nr. 67, Bd. 2.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Ortsgruppe Münster „der Plan gefaßt, der Zentrumsherrschaft in Münster durch eine Massenversammlung in der Halle Münsterland mit dem Führer Adolf Hitler als Redner den Kampf anzusagen".[115] Die Tragikomödie um die Vermietung der Halle Münsterland ist ein Musterbeispiel für politische Hilflosigkeit und mangelnde Verwaltungskoordination: Als der Antrag der NSDAP-Ortsgruppe beim Magistrat einging, entschied dieser nicht sogleich selbst, sondern suchte Rückendeckung beim Regierungspräsidenten Amelunxen, der einer Vermietung ablehnend gegenüberstand. Einem neuerlichen Antrag der NSDAP wollte der Magistrat nachkommen, wurde aber durch eine Verfügung des Regierungspräsidenten daran gehindert, worauf die NSDAP eine öffentliche Kampagne gegen Amelunxen einleitete. Eine erste Klage der Nationalsozialisten vor dem Bezirksausschuß war erfolglos, aber das Ergebnis machte den Weg zu einer Erfüllungsklage gegen die Stadt Münster frei, so daß diese nun einen Mietvertrag abschloß. Der Regierungspräsident wies daraufhin den Oberbürgermeister an, den Beschluß zu beanstanden, worauf der Magistrat ein Verwaltungsgerichtsverfahren gegen den Oberbürgermeister einleitete und nun dem Regierungspräsidenten nur noch blieb, die Beanstandungsverfügung aufzuheben.

So fochten die Verwaltungsspitzen Gefechte, die besser politisch ausgetragen worden wären. Immerhin bewiesen die Spitzenbeamten aus der preußischen Verwaltungstradition Mut und bis zu einem gewissen Grad Durchsetzungsvermögen. Als Gauleiter Florian am 1. 3. 1931 von „politischen Verbrechern" gesprochen und damit die Reichsregierung gemeint hatte, wies Oberpräsident Gronowski den Regierungspräsidenten an, festzustellen, „wie es möglich ist, daß die Polizei in Münster . . . solche strafwürdigen Ausschreitungen laufen läßt", und Gronowski fuhr fort: „Durch die Nachsichtigkeit der Polizei werden die nationalsozialistischen Redner immer unverschämter und frecher, und da ist es an der Zeit, daß nunmehr ein Riegel vorgeschoben wird."[116] Zur gleichen Zeit mußte Regierungsvizepräsident Hettlage konstatieren, daß leider „auch in Beamtenkreisen und sogar innerhalb der Polizei Sympathie für die NSDAP" festzustellen sei.[117]

Amelunxen brachte es im Oktober 1931 sogar fertig, den Reichstagsabgeordneten und Gauleiter Meyer hinauszuwerfen, als dieser, auf die Regierung bezogen, davon sprach „die heutigen Staatsverbrecher bekämpfen" zu wollen.[118] Und als Oberbürgermeister Dr. Zuhorn die Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus am 6. 3. 1933 unterbinden wollte und Gronowski gegen das Verbot der

115 Wie ‚demokratisch' regiert wurde. Tatsachenbericht von Rechtsanwalt Dr. Steinhaus, Abteilungsleiter des Gaurechtsamtes Gau Westfalen-Nord, BA NS 26-164.

116 Schreiben vom 5. 3. 1931, StAMS, Regierung Münster VII Nr. 67, Bd. 2.

117 Sitzungsniederschrift einer Besprechung im Oberpräsidium am 2. 4. 1931, StAMS, Büro Kölpin, Nr. 339.

118 StAMS, Regierung Münster VII Nr. 67, Bd. 3.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

katholischen Presse protestierte, war dies Ausfluß der oben bezeichneten Haltungen. Wenn nun nach dem 30. 1. 1933 die leitenden Beamten einer nach dem anderen ihrer Ämter enthoben wurden – die Reihe begann übrigens mit der per Telegramm verfügten Entlassung Amelunxens im Juli 1932 durch Papen –, so kann die Signalwirkung auf die Wählerschaft gerade in Münster nicht gering veranschlagt werden.

Ihre Wirkung taten auch eine Reihe kommunalpolitischer Affären, die das Vertrauen der Bürger in der Stabilität der Institutionen und die Integrität der Inhaber öffentlicher Ämter erschüttert haben dürften. Es handelte sich zunächst um die von den Nationalsozialisten so genannten „Skandale", die zum größeren Teil in den Bereich von Sachproblemen gehörten, die unter den schwierigen Bedingungen der Wirtschaftskrise verwaltungstechnisch nicht recht bewältigt wurden. Durch die rüde Propaganda der Nationalsozialisten, seit 1932 im eigens für Münster aufgemachten Lokalteil der in Essen erscheinenden „Nationalzeitung" und durch Flugblattaktionen unter die Leute gebracht, gerieten die demokratischen Rathausparteien immer mehr in die Defensive, mußten ständig reagieren und werteten dadurch noch die örtliche NSDAP auf. Bei den eigenen Bemühungen, die Krise zu bekämpfen, erwies es sich als außerordentlich problematisch, die divergierenden Interessen so zu bündeln, daß praktischer Effekt zu erwarten war. Das läßt sich besonders deutlich an den Kontroversen um die Stadtrandsiedlungen verfolgen. Der gewerbliche Mittelstand sah die Gefahr von Schwarzarbeit, die benachbarte Einwohnerschaft befürchtete, als Siedler kämen Asoziale, die Verwaltung wollte die Reichszuschüsse einwerben, und das alles wurde lang und breit ausgetragen.

Bis ins Frühjahr 1933 hinein fanden die Auseinandersetzungen um die Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Münster großes Interesse und die ganze Angelegenheit wenig Verständnis in der Öffentlichkeit. Am 20. 5. 1931 hatte die Stadtverordnetenversammlung die Wiederwahl des Oberbürgermeisters Dr. Dr. h. c. Sperlich abgelehnt, der seit 1909 in den Diensten der Stadt Münster stand, seit 1919 als 2. Bürgermeister und seit 1920 als Oberbürgermeister. Die münstersche Presse machte daraus einen „kommunalpolitischen Skandal übelster Sorte"[119], und lediglich die Münsterische Morgenpost unterstützte die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters. Die Reserven gegen Sperlich kamen vom linken Zentrumsflügel, der sich in der Fraktion nur knapp mit 15 zu 11 Stimmen hatte durchsetzen können. In der Stadtverordnetenversammlung fand sich eine Mehrheit quer durch die Fraktionen, die gegen Sperlichs Wiederwahl stimmte.[120] Der NSDAP- und der KPD-Stadtverordnete beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Das hinderte die Nationalsozialisten aber nicht, die weitere Kontroverse weidlich zu nutzen.

119 MZ v. 17. 7. 1931.

120 Nämlich 16 Zentrums-, zwei DVP-, drei Wirtschaftspartei- und vier SPD-Stadtverordnete, StAMS Regierung Münster, Nr. 2019.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Die eigentliche Motivation, gegen Sperlich zu votieren, ist heute nicht mehr recht aufklärbar. Er galt als weit „rechts" stehender Zentrumsmann, er trug die Verantwortung für die tatsächlichen und vermeintlichen Unregelmäßigkeiten in der Stadtverwaltung und war den Makel des Zugereisten in seiner über zwanzigjährigen Tätigkeit in Münster nicht ganz losgeworden. Mit einer Flut von Eingaben verfocht Sperlich seine Ansprüche aller Art und fand in der deutschnationalen und nationalsozialistischen Presse mehr als wohlwollende Unterstützung. Als er dann an der Westfälischen Wilhelms-Universität auch noch eine Professur für Kommunalrecht erhielt, wurde dies als „glänzende Rehabilitation" und „Schlag ins Gesicht" der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ausgelegt.[121] Dem ausscheidenden Oberbürgermeister wurde eine Abschiedsfeier ausgerichtet, bei der sämtliche Reichswehrkapellen auftraten, und an einem Fackelzug ihm zu Ehren beteiligten sich die münsterischen Feuerwehren.[122] Sperlich brachte es nun bald zum Gauführer des Stahlhelm[123] und wurde als Redner zu repräsentativen Veranstaltungen eingeladen, wie zur Reichsgründungsfeier im Jahre 1933. Er stilisierte sich, immer mehr der NSDAP entgegenkommend – in die er dann auch eintrat –, als Opfer der Parteibuchbeamtenwirtschaft und seiner eigenen Gradlinigkeit, die ihn hatte gegen die von solchen Leuten „durchgeführten, teils versuchten Schiebungen" vorgehen lassen.[124] Schließlich war sich Sperlich nicht zu schade, den Oberpräsidenten Gronowski als „Parteibuchbeamten" zu diffamieren.[125] Die Nationalsozialisten fanden hier den Stoff, der sich als Wahlkampfschlager für die Wahlen im März 1933 ausmünzen ließ. Mit Hilfe dieses für die breite Öffentlichkeit kaum verständlichen Falles gelang es ihnen, eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. 2. 1933 zuwege zu bringen und indirekt die Zentrumspartei zu einer außerordentlichen Generalversammlung zur Stützung der eigenen Fraktion zu veranlassen. Das spätere Kampfmittel der NSDAP gegen den Magistrat hatte Sperlich bereits Anfang Februar 1933 in die öffentliche Diskussion eingeführt, als er in einem „offenen Brief" an den Regierungspräsidenten gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren beantragte und ein Untersuchungsverfahren zur Nachprüfung der Vorgänge im Magistrat forderte.[126]

Gegen die auch in Münster anschwellende braune Flut suchten sich die politischen Parteien je auf ihre Weise zur Wehr zu setzen. Ernstzunehmende Gegner waren nur Zentrum und Sozialdemokraten, denn in den anderen bürgerlichen Parteien waren mindestens gewisse Sympathien für die Nationalsozialisten

121 WLZ v. 30. 1. 1932.
122 WLZ v. 28. 4. 1932.
123 WLZ v. 20. 7., 21. 7. 1932, MMP v. 22. 7. 1932.
124 WLZ v. 7. 10. 1932.
125 MMP v. 7. 2. 1932.
126 MZ v. 3. 2. 1933; NZ v. 2. 2. 1933.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

vorhanden, seit diese ihre spektakulären Wahlerfolge vorzuweisen hatten, und die Kommunisten blieben durch ihre Revolutionsphrasen und ihre Sowjetverherrlichung isoliert. In den vielen Wahlkämpfen des Jahres 1932 standen die Wahlveranstaltungen durchweg in der Gefahr, von Nationalsozialisten gestört oder gar gesprengt zu werden, wenn es in Münster bis Ende Januar 1933 auch kaum dazu kam. Während die NSDAP in SA und SS schnell zu mobilisierende Verbände besaß, die in Münster allerdings bei größeren Veranstaltungen durch auswärtige Abteilungen verstärkt werden mußten, war die Jugendorganisation der Zentrumspartei, der Windthorst-Bund, als eigentlich politische und nicht paramilitärische Organisation zur Erfüllung solch neuer Aufgaben kaum in der Lage. Aber auch in einer weiteren politischen Perspektive mußte sich die Frage stellen, ob es allein den Nationalsozialisten überlassen bleiben sollte, bündisch-militärischen Aktionismus als politisches Kampfmittel und zur Gewinnung der Jugend zu benutzen. Es war nicht zu übersehen, daß Deutschland „sich in zwei Lager" teilte. Pater Friedrich Muckermann SJ, Schriftsteller, Journalist und Redner, der in Münster die bedeutende Kulturzeitschrift „Der Gral" herausgab und ein Korrespondenzbüro betrieb, fand diese einprägsame Formel: „Im einen befinden sich die Leute, die mit Handgranaten umgehen können, im anderen die Katholiken und die übrigen Pazifisten."[127] Muckermann war selbst ein Mann der Tat, er gründete in Münster die Katholische Liga als Verband Jugendlicher und junger Männer, deren Programm so knapp wie unbedingt war, nämlich in der Auseinandersetzung mit den aufsteigenden totalitären Weltanschauungen bereit zu sein, „ihr Leben für die christlichen Ideale und ihre Verteidigung im Staat hinzugeben".[128] Mit seiner Gründung hatte Muckermann ganz offensichtlich eine Lücke im Spektrum der politischen Jugendorganisationen geschlossen, denn in der Katholischen Liga fanden sich „mit Energie geradezu geladene Menschen",[129] die in Uniform, mit Abzeichen und Musik marschierten und als Flugblattverteiler und Saalschutz der Zentrumspartei fungierten. Muckermann ging es um das Flaggezeigen, um den Kampf gegen die Resignation im bürgerlich-katholischen Lager, und er beschreibt in seinen Lebenserinnerungen sehr anschaulich, wie dies aussah:

„Man stelle sich nur vor, wie an die achtzig dieser kräftigen Jungmänner sich auf Lastautos – jeder zahlt einen Groschen – nach irgendeinem stillen Dorf im Münsterland verfrachten lassen. Am Rande des Dorfes steigen sie ab, ordnen sich in ihren schmucken Uniformen zu einem militärischen Zug und rücken dann, die Musik vorne weg, ins Innere ein. Auf dem ‚Rathaus' wartet der Bürgermeister, wartet der Herr Pfarrer. Es werden Reden gehalten. Es werden Treueschwüre in

127 Friedrich *Muckermann:* Im Kampf zwischen zwei Epochen. Lebenserinnerungen. Bearb. u. eingel. v. Nikolaus *Junk*. Mainz 1973, S. 540.

128 Ebd.

129 Ebd., S. 451.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

bürgermeisterliche Hände abgelegt. Es wird so katholisch gesprochen, daß dem alten Pfarrer die Tränen in die Augen kommen. Und alle jungen Mädchen sind mobil, denn das sind schon frische Kerle, die da gekommen sind. Das ganze Dorf ist in Bewegung, es wird musiziert nach Herzenslust, und abends geht's nach Hause. In einem solchen Dorf kommen die Nazis zu spät."[130]

Die Ligisten waren es dann auch, die in Zentrumsversammlungen der SA Paroli boten, und sie waren die letzten, die sich in Münster dem Straßen- und Versammlungsterror der Nationalsozialisten bis zum 12. März zu widersetzen suchten.

Ein Blick auf die Wahlergebnisse der 30er Jahre weist für die Stadt Münster einige vom allgemeinen Trend abweichende Positionen auf. Wenn die NSDAP in der Reichstagswahl vom September 1930 in Münster nur 9,6 % der gültigen Stimmen erhielt gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 18,3 %, so ist dies einigermaßen sicher mit der Konfessionsverteilung in der Stadt zu erklären.

Andererseits fragt sich, aus welchen Motiven die Wähler zur NSDAP fanden, denn die Wirtschaftskrise erfaßte die Stadt Münster, wie oben gezeigt, doch vergleichsweise nur in geringem Maße. So muß es erstaunen, wenn der Anstieg der Arbeitslosenzahlen mit dem Anstieg der NSDAP-Stimmen korreliert.[131] Offenbar war es nicht nur die akute, sondern auch die latente Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz, die zur Radikalisierung führte. Vom September 1930 bis zum Frühjahr 1932 konnten die Nationalsozialisten noch einmal ihre Anteile erhöhen und die im 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl von Duesterberg zu Hitler übergeschwenkten Wähler an sich binden, und zwar so nachhaltig, daß sie über die Novemberwahl hinweg der NSDAP die Stange hielten. Auch dies liegt außerhalb des Reichstrends (die NSDAP verlor reichsweit 2,03 Mill. Wähler und sank von 37,3 auf 33,1 % der gültigen Stimmen) und ist wohl am ehesten mit den zeitgenössischen Analysen als Abwarten der im öffentlichen Dienst Stehenden zu erklären, ob die Nationalsozialisten nicht am Ende das Rennen um die Macht doch würden für sich entscheiden können. Und letztlich zeigt die Entwicklung der absolut auf die Parteien entfallenen Stimmen, daß es den Nationalsozialisten nicht gelungen ist, in die Stammwählerschaft von Zentrum und Sozialdemokraten einzudringen. Die zerfallenden anderen bürgerlichen Parteien gaben einen Teil des NS-Reservoirs ab, den anderen bildeten die Nichtwähler, die zu einem guten Teil von der NSDAP an die Wahlurnen gebracht werden konnten.[132] Während der „Zentrumsturm" selbst in der letzten Kommunalwahl nicht „brüchig" wurde, wie

130 Ebd.

131 Vgl. Abb. 1.

132 Vgl. Abb. 2 u. 3.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

man zu beobachten können glaubte,[133] beteiligten sich an der Reichstagswahl mehr Wähler als je zuvor, nämlich 92,5 % der Stimmberechtigten (Reichsdurchschnitt 88,7 %), und auch bei der Kommunalwahl eine Woche später stimmten mehr Bürger ab, als selbst in verschiedenen vorausgegangenen Reichstags- und Landtagswahlen. Unter diesen Umständen gelang es der NSDAP, das Zentrum um 276 Stimmen zu überflügeln, während die Zentrumspartei in der gleichzeitig stattfindenden Wahl zum Provinziallandtag 801 Stimmen mehr erhielt als die NSDAP. Zur Erklärung dieser Abweichung kann eigentlich nur die kommunalpolitische Szene der voraufgegangenen Jahre in der Stadt Münster herangezogen werden.

Die Nationalzeitung hatte schon Mitte Februar versprochen: „Bürger Münsters! Gebt uns Nationalsozialisten am 12. März die Mehrheit . . . dann geben wir Euch die Versicherung, daß hier gründlich aufgeräumt wird",[134] und schrieb zwei Tage vor der Wahl: „Mit Gott unter Adolf Hitler für Sauberkeit und Ordnung in der Gemeindepolitik."[135] Unter der Überschrift, „Was wollen die Nazis auf dem Rathaus in Münster?" war ein nationalsozialistisches Flugblatt erschienen, das in 28 Punkten aufführte, was alles aus der Vergangenheit aufgedeckt werden sollte, und *eine* weitere positive Aussage zur künftigen Kommunalpolitik der Nationalsozialisten enthielt![136] Diese Form der Emotionalisierung war dann erfolgreich gewesen. Das Zentrum war auch der physischen Gewalt nicht gewachsen, denn die Mitglieder der Katholischen Liga als Flugblattverteiler wurden überfallen, Zentrumsplakate mit Gegendarstellungen mußten entfernt werden, Zentrumsversammlungen wurden behindert oder wurden gar vom Oberbürgermeister verboten, weil die SA deren Sprengung angedroht hatte. Der Münsterische Anzeiger resümierte am 13. 3.: „Die rücksichtslose, das Maß des Ungewöhnlichen überschreitende Wahlpropaganda der Nationalsozialisten hat gesiegt. Weiter konnte man die Herabsetzung des politischen Gegners als Partei und Person nicht übertreiben, als es in Münster geschehen ist. Es ist betrübend, daß es so viele Nichtschwimmer gab, die sich, nicht durch sachliche Argumente überzeugt, sondern durch Mißtrauen geschwächt, dem Strome anvertraut haben."[137]

Trotz ihrer für das katholische Münster ungewöhnlichen Erfolge war den Nationalsozialisten bewußt, daß sie es auch jetzt nicht ganz leicht haben würden. Der neue Regierungspräsident Matthei artikulierte dies im September 1933 bei der

133 Josef *Küster:* Die Münsteraner SPD zwischen 1933 u. 1945. In: 100 Jahre SPD in Münster (1878-1978). Im Auftrag des Unterbezirks-Vorstandes hrsgg. v. Wolf-Michael *Catenhusen* und Klaus-Dieter *Franke*. Münster 1978, S. 32.

134 NZ v. 14. 2. 1933.

135 NZ v. 10. 3. 1933.

136 StAMS, Gauleitung Westfalen-Nord, Gauschulungsamt Nr. 163.

137 MA v. 13. 3. 1933, MMP v. 5. 3., 9. 3., 13. 3. 1933.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Einführung des Oberbürgermeisters Hillebrand[138] sehr deutlich, wenn er davon sprach, daß für die Nationalsozialisten „hier in Münster ein ganz gefährliches Pflaster ist. Hier hat derjenige, der die Geschicke der Stadt zu leiten hat, in Zukunft eine ganz gewaltige Aufgabe zu leisten".[139] Die Kommunalwahl hatte der NSDAP ja längst nicht die Mehrheit gebracht, und von der Zentrumspartei wurde eine Koalition von Zentrum, Sozialdemokraten und Mittelstandspartei angeboten.[140] Eine Absprache kam in Form einer „Arbeitsgemeinschaft" dann aber vielmehr zwischen der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot und der Mittelstandspartei zustande,[141] und es lief nun der bekannte Aushebelungsprozeß gegen die bisherigen Spitzenbeamten ab. Zur Bewältigung der juristischen Finessen stand als junger Parteikarrierist der Konsistorialrat Bommel[142] zur Verfügung, der Vorsitzender des Untersuchungsausschusses wurde, des Instruments zur Beseitigung der Stadtleitung der „Systemzeit". Die pseudolegale Grundlage gab das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" von 7. 4. 1933 ab, unter dessen Bestimmungen Oberbürgermeister Dr. Zuhorn[143] und Bürgermeister Schlanstein[144] jedoch nicht unterzubringen waren, so daß erst die Erweiterung des Gesetzes vom Juni 1933, die auch eine Zurruhesetzung im Interesse des Dienstes vorsah, den rechtlichen Rahmen für deren Entlassung abgab und die zunächst ins Auge gefaßten disziplinarrechtlichen Entlassungsgründe stillschweigend fallengelassen wurden. Ohne kommunalpolitische Erfahrung und ohne Einarbeitung in die kommunale Verwaltungspraxis wurde der Obersteuerinspektor Hillebrand zunächst zum 2. Bürgermeister, dann zum kommissarischen Oberbürgermeister und schließlich zum Oberbürgermeister ernannt, der Versicherungsangestellte Aschoff[145] zum Verkehrsdezernenten, der Volksschullehrer Glowsky[146] zum Schuldezernenten und der Rechtsanwalt Querfeld[147] zum Polizeidezernenten. Querfeld schied bereits am 9. 6. 1933 wieder aus und wurde kommissarischer Landrat des Kreises Warendorf; sein Nachfolger war der SA-Standartenführer

138 Albert Hillebrand, geb. 1890 in Barmen, seit 1931 Obersteuerinspektor am Finanzamt Münster.

139 MA v. 27. 9. 1933.

140 MA v. 13. 3. 1933, MMP v. 13. 3. 1933.

141 MMP v. 26. 3. 1933.

142 Gerhard Bommel, geb. 1902 in Zeitz, seit 1932 Konsistorialrat in Münster, seit 1. 4. 1932 Mitglied der NSDAP, seit 7. 6. 1933 Fraktionsvorsitzender der NSDAP in der Stadtverordnetenversammlung.

143 Dr. Karl Zuhorn, geb. 1887 in Kamen, seit 1922 Landesrat bei der Provinzialverwaltung in Münster, seit 24. 5. 1932 Oberbürgermeister.

144 Fritz Schlanstein, geb. 1886 in Steele, 1920 Stadtrat in Münster, seit 1927 2. Bürgermeister.

145 Hans Aschoff, geb. 1899 in Münster, seit 1925 Angestellter bei der Landesversicherungsanstalt Münster.

146 Wilhelm Glowsky, geb. 1881 in Lübbecke, seit 1919 Lehrer in Münster.

147 Hans Querfeld, geb. 1903 in Werl.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Lorenz.[148] Als Verwaltungsfachmann war vom alten Magistrat nur Dr. Fulda[149] übriggeblieben, und als weiterer Fachmann wurde der als Beamter der Systemzeit beurlaubte Landrat von Moers, van Endert, als 2. Bürgermeister eingesetzt. Dessen Ernennung zum Oberbürgermeister hatte sich Gauleiter Meyer erfolgreich widersetzt.[150]

V.

Die Geschichte einer Kommune in der ausgehenden Weimarer Zeit und im Prozeß des Übergangs zur Diktatur ist ein für den Historiker höchst reizvoller Gegenstand. Trotzdem sollte doch gefragt werden, ob sich der Aufwand eigentlich lohnt, der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung einer Stadt oder einer Gemeinde bis in feine Verästelungen nachzuspüren – wie dies hier nur ansatzweise geleistet werden konnte –, denn der Prozeß als solcher ist in seinen Grundzügen bekannt und weist ein durchgehendes Muster auf, das sich natürlich in je anderen Schattierungen darstellt. Es ist hier nicht der Ort, den Wert der Lokal- und Regionalgeschichte erneut zu betonen. Es sollen vielmehr einige Gesichtspunkte beigebracht werden zum Erklärungswert örtlicher Vorgänge für den Aufstieg einer totalitären Partei und die Errichtung ihrer Diktatur, und es soll auf die Bedeutung der Ortsgeschichte für die Bildung heutigen historischen Bewußtseins aufmerksam gemacht werden.

In den letzten Jahren sind unzählige lokalgeschichtliche Veröffentlichungen über die nationalsozialistische Zeit erschienen, die ihre Käufer und Leser fanden und ein Indiz darstellen für ein wiederkehrendes Bedürfnis nach Kenntnis und erneuter „Bewältigung" der deutschen NS-Vergangenheit bzw. der Bewältigung dieser Zeit durch eine neue Generation. Dabei mag die Popularisierung durch die Schülerwettbewerbe ebenso eine Rolle gespielt haben wie die in den Medien stark in den Vordergrund gerückten Jahrestage. Weiterhin ist die schlichte Instrumentalisierung der Ortsgeschichte für politische Zwecke zu beobachten. Wenn die Jungdemokraten in Münster im Frühjahr 1980 eine Materialsammlung „Nationalsozialismus in Münster, Neofaschismus in der Bundesrepublik, Neonazis in Münster"[151] herausgaben – in der sie übrigens Reproduktionen aus einer Veröffentlichung des Verfassers und Unterlagen aus einer Erwachsenenbildungsveranstaltung größtenteils ohne Nachweis und unerlaubt verwandten –, dann liegt der Zweck solchen Tuns auf der Hand. Die Jungdemokraten erhoben „keinen

148 Max Lorenz, geb. 1886 in Meeder/Krs. Coburg, seit 1924 Obersekretär am Westfälischen Pferdestammbuch.

149 Dr. Arnold Fulda, geb. 1877 in Berlin, Rechtsanwalt in Duisburg, seit 1919 Stadtrat für Grundstücks- und Rechtsangelegenheiten in Münster.

150 *Matzerath*, S. 85

151 Im Selbstverlag 1982 erschienen.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Anspruch auf wissenschaftliche Gründlichkeit", sie wollten Material „für den Unterricht und für Seminare oder für ähnliche Zwecke" bereitstellen, es war ihnen wichtig, „mal darzustellen, wie sich der Nationalsozialismus vor Ort in unserer Stadt durchgesetzt hat und in welchem Maße heute wieder Nazis in Münster aktiv sind". Am Schluß des Vorworts wird dann die Katze aus dem Sack gelassen mit der polemischen Frage, die noch dazu auf unrichtigen Annahmen beruht: „Warum sind die Bürger Sturm gelaufen, als die Nazis die Kreuze in den Schulen abnehmen wollten, haben aber geschwiegen, als Tausende von Menschen aus ihrer Stadt deportiert wurden?" Die letzte Frage zeigt dann, was gemeint ist: „Waren die Kreuze wichtiger als die Menschen?"[152]

„Spuren aus der Zeit des Faschismus" will ein anderes Werk suchen, das explizit wissenschaftlichen Charakter beansprucht.[153] Der Band will zeigen, wie „die Faschisierung der Gesellschaft aus den inneren Widersprüchen erwächst, die auch in der lokalen Gesellschaft wirksam sind", und für Münster sind dabei den Autoren „besonders die Gruppierungen des Mittelstandes, die katholische Kirche, die Universität, die akademischen Professionen als bestimmende Träger der lokalen Gesellschaft von Interesse".[154] Als Ergebnis für unseren thematischen Zusammenhang wird dann festgestellt, daß „die NSDAP vor 1933 keine unbedeutende Gruppierung war", daß sie „durch Zustimmung und Duldung der lokalen Machteliten die errungene Macht ausbauen konnte". Die seit Ende 1933 verstärkt zu beobachtende weltanschaulich motivierte Opposition gegen das Regime wird interpretiert als Abwendung des vom Nationalsozialismus ökonomisch enttäuschten gewerblichen Mittelstandes, der für den Aufstieg der NSDAP verantwortlich gemacht wird und aus dem die kommunalen NS-Politiker angeblich hervorgingen. Macht es schon stutzig, wenn es in einem Beitrag heißt, *„es soll dokumentiert werden,* daß die NSDAP durch Zustimmung und Duldung der lokalen Machteliten die errungene Macht ausbauen konnte",[155] müssen sich Verfasser und Herausgeber an den verfügbaren Dokumenten messen lassen, und hier wird entweder schluderig gearbeitet oder bewußt verfälscht. Dazu einige Beispiele:

– 1924 nahmen an einer Demonstration „mit dem Hitler-Putsch-General Ludendorf (sic) und dem NSDAP-Mitglied Salomon von Pfeffer" (sic) nicht 2 000 Pesonen teil, sondern 500 bis 600 stellten sich für einen Parademarsch auf, wurden aber von der Polizei an der Formierung gehindert.[156]

152 Ebd. Vorwort „Zum Zweck dieser Materialsammlung".

153 Hans-Günter *Thien,* Hanns *Wienold* (Hrsg.) Unter Mitarbeit v. Sabine *Preuß:* Münster – Spuren aus der Zeit des Faschismus. Zum 50. Jahrestag der Nationalsozialistischen Machtergreifung (Arbeitshefte zur materialistischen Wissenschaft 19). Münster 1983.

154 Ebd., Vorwort, S. 9.

155 Herbert *Klein:* Der Weg zur Macht – Nationalsozialisten in Münster, ebd., S. 9, 43/44, 59.

156 *Klein,* S. 44; dagegen StAMS, Regierung Münster VII-67, Bd. 2.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Die Küche der Nationalsozialisten 1932

(Die Fotos sind aus den Fotosammlungen 63 und 63a des Stadtarchivs Münster.)

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Wahlkampf zur Kommunalwahl am 12. 3. 1933

Hilfspolizisten auf dem Prinzipalmarkt

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Die Aktion „Wider den undeutschen Geist": Sammlung von Schriften und Schandpfahl vor der Universität

Besetzung des Gewerkschaftshauses am 31. 3. 1933: SA-Leute und Passanten vor dem Haus und Hitlerjungen vor den rauchenden Resten verbrannter Schriften und Akten

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

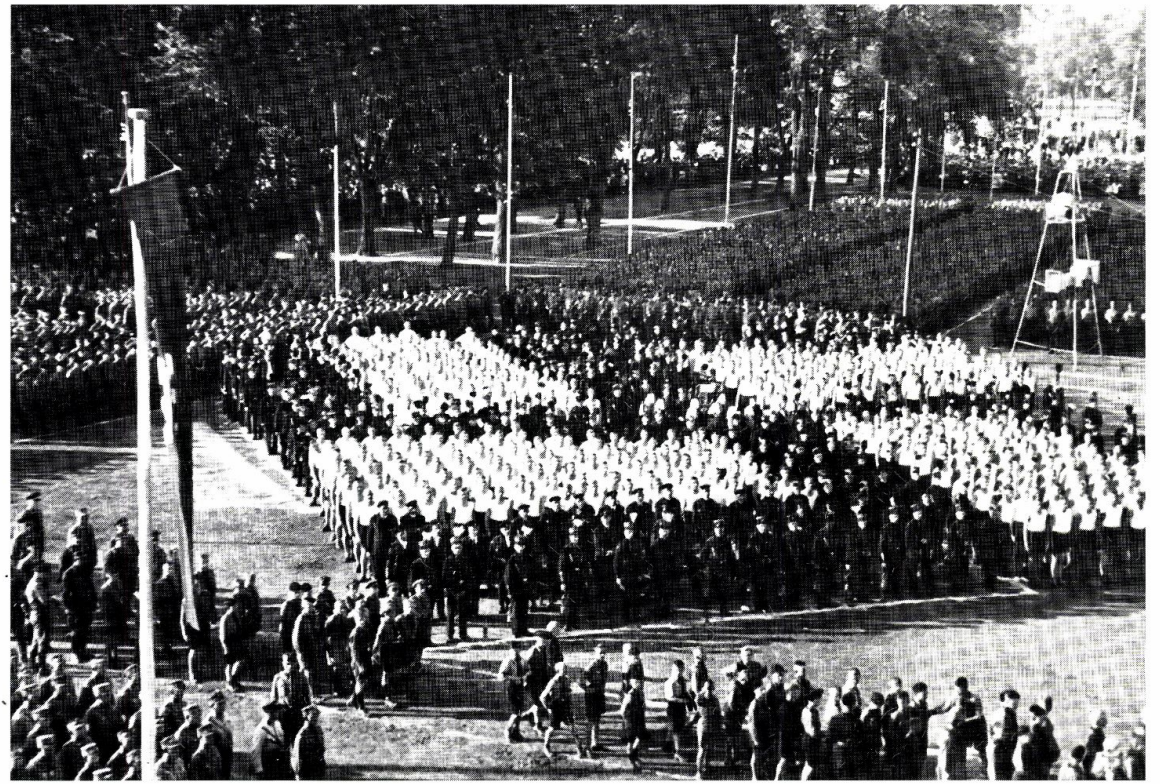
Hitler-Geburtstagsspende: Sammelstelle vor dem Stadtweinhaus, Sammelwagen am Wochenmarkt auf dem Domplatz und Ausgabestelle

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Führende Nationalsozialisten (vorn von links Oberbürgermeister und Stadtschulrat) bei der Großen Prozession 1933

SA bei der Einführung des Bischofs Clemens August von Galen

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org



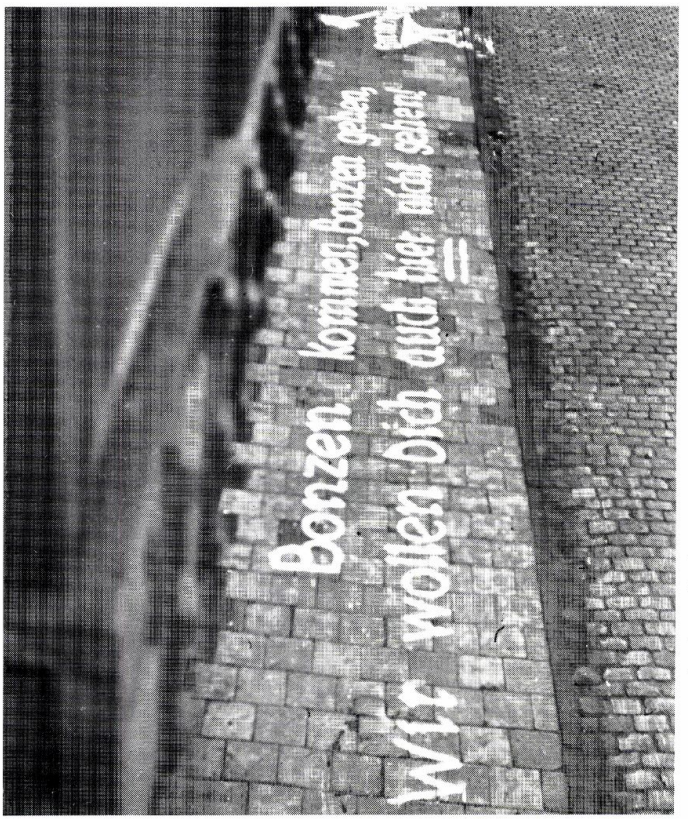
Westfalentag im September 1933 in Münster

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Propaganda zur Volksabstimmung am 12. 11. 1933; oben ein Sprechchor der SA

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Propaganda zur Volksabstimmung am 12. 11. 1933



Schmiererei vor der Wohnung des abgesetzten Oberpräsidenten Gronowski; am oberen Bildrand ein Amboß und Hammer, dazwischen der Schriftzug „Gronowski"

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

– Die NSDAP konnte von 1930 bis 1933 ihre Sitze in der Stadtverordnetenversammlung nicht von 1 auf 30 steigern,[157] sondern auf 20.
– „Zentrum, Verwaltung, Presse und NSDAP" bezogen keineswegs gemeinsame Positionen in der „Auseinandersetzung mit *der* Arbeiterschaft".[158]
– „KPD und SPD organisierten Veranstaltungen und Demonstrationen"[159] – aber nicht etwa gemeinsam.
– Nicht „30 000 Münsteraner nahmen an der Hitler-Kundgebung am 8. 4. 1932" teil – das behauptete der Völkische Beobachter –, sondern 8 000 bis 10 000.[160]
– Bei dem NS-Redner General Litzmann, der am 8. 3. 1932 im Schützenhof sprach, handelte es sich um einen pensionierten General, der das „enge Verhältnis von Nationalsozialismus und Wehrmacht" (sic)[161] mit seiner Person nicht unterstreichen konnte.
– Als Stadtverordnetenliste werden die Berufsbezeichnungen von Stadtverordneten- bzw. Kommunalwahl-Kandidaten angegeben;[162] diese Liste ist unvollständig – insbesondere beim Zentrum – und berücksichtigt nicht, wie viele dieser Kandidaten nun eigentlich gewählt wurden.
– Es ist schlicht falsch, wenn behauptet wird, „daß der NSDAP nach dem Januar 1933 von der Seite des Zentrums, der Kirche und der katholischen Arbeitervereine kein Widerstand entgegengesetzt wurde".[163]

Fazit: Die Wiederentdeckung der Heimatgeschichte[164] geschieht u.a. zum Zwecke ihrer Instrumentalisierung, neue Helden sollen kreiert, mißliebige Schichten in eine moderne Form von Sippenhaft genommen werden. Hier ist *historisch-kritische Aufklärung* dringend erforderlich.

Unter kommunaler Perspektive fällt in der Wählerbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre auf, welch uneinheitliches Bild sich ergibt, wenn *alle* Wahlen in die Betrachtung einbezogen werden.[165] Neben den stabilen Größen wie Zentrum und Sozialdemokratie ist ein fluktuierendes Wählerpotential von immerhin rund 15 000 Stimmen vorhanden, die ohne feste Loyalitäten blieben und bei 50 000 bis 70 000 Wählern eine recht erhebliche Größe darstellten. Während bei den Landtags- und Reichstagswahlen als bekannter Trend der Niedergang bürgerli-

157 *Klein,* S. 45.

158 *Klein,* S. 45; Hervorhebung von mir, J. K.

159 *Klein,* S. 47.

160 *Klein,* S. 47; dagegen StAMS, Polizeiregistratur Nr. 116, VW v. 14. 4. 1932. Der Polizeibericht und der Völkische Beobachter sind reproduziert bei *Kuropka,* Dokument 1a) und 1b).

161 *Klein,* S. 47; die spätere „Wehrmacht" hieß noch „Reichswehr".

162 *Klein,* S. 49; dagegen zeitgenössische Zeitungsberichte, StdAMS, Stadtverordnetenregistratur.

163 *Klein,* S. 49.

164 Vgl. dazu Joachim *Kuropka:* Heimatgeschichte – eine Wiederentdeckung. In: Geschichte/Politik und ihre Didaktik 12, 1984, H. 1/2, S. 49-57.

165 Vgl. Abb. 4.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

cher Parteien zu beobachten ist, zeigt sich zwischen den Rathausparteien erhebliche Bewegung der Wähler, die im Verlauf der 18 Wahlentscheidungen, die sie zwischen 1924 und 1933, z. T. am gleichen Tage, zu treffen hatten (Volksbegehren und -entscheide und die Reichspräsidentenwahlen nicht gerechnet), in politische Loyalitätskonflikte geraten mußten. Dies hat dazu beigetragen, daß der Prozeß des Aufstiegs der NSDAP gleichzeitig ein Prozeß der *Entpolitisierung* der kommunalen Parteien und des Anstiegs der Parteiverdrossenheit großer Teile der Öffentlichkeit wurde. Bereits 1929 warnte Pater Muckermann vor der Entpolitisierung der Rathäuser, vor dem Primat der Wirtschaft über das Gemeinwohl mit den Worten: Der Teufel „pfeift, . . . wie weiland der Rattenfänger von Hameln die Narren zusammen und singt ihnen das Liedlein vor: ‚Politik gehört nicht aufs Rathaus . . .' Aber was gehört dann überhaupt noch aufs Rathaus, wenn nicht die Politik?"[166] Muckermann wandte sich gegen solche Tendenzen beim Zentrum. Wesentlich deutlicher zeigte sich dieser Vorgang bei den Interessen- und rechtsbürgerlichen Parteien. Der Evangelische Volksdienst wechselte im Frühjahr 1932 „zur Hervorhebung unserer Überparteilichkeit" seinen Namen und nannte sich „Evangelische Vereinigung für Kommunalpolitik".[167] Wenn dann am 11. März 1933 die Bürgerliche Mittelstandsvereinigung mit Propagandawagen durch die Stadt fuhr, auf denen mit den Worten geworben wurde, „weil sie ganz parteilos" ist,[168] so hatten ihr die Nationalsozialisten längst den Rang abgelaufen. Schon 1930 hatte der Münsterische Anzeiger die Anhängerschaft der NSDAP beschrieben: „Die Leute sind nur durch eines geeint: nämlich durch den Wunsch, daß alles anders werden möge", und der Kommentator fuhr fort, „mit diesem Wunsche kann man eine Partei nicht machen. Man kann wohl eine große Bewegung hervorrufen".[169] Das allerdings war den Nazis auch in Münster gelungen, „Massen" zu mobilisieren; das schlug sich im Besuch ihrer Kundgebungsspektakel nieder, aber auch in der Mobilisierung bisher unpolitischer Schichten, die nun an die Wahlurnen strebten – teilweise zum ersten und für lange Zeit zum letzten Mal.

Als die politischen Parteien eine nach der anderen verboten wurden und sich auflösten, war für Münster am einschneidendsten der „lautlose Ausklang"[170] des Zentrums. Die Partei hatte sich bis zu den letzten Wahlen als sehr stabil erwiesen, sie hatte ihre Wählerschaft durchweg halten und in der Kommunalwahl 1933 mehr Stimmen gewinnen können als in irgendeiner Kommunalwahl zuvor; allerdings war es ihr nicht gelungen, sich neue Wählerschichten zu erschließen oder die Reste der zerfallenden Parteien anzuziehen. Das Problem war durchaus erkannt, daß

166 Zit. nach VW v. 20. 9. 1929.

167 StdAMS, Stadtverordnetenregistratur Nr. 69.

168 StdAMS, Polizeiregistratur 113.

169 MA v. 28. 9. 1930, ähnlich VW v. 16. 3. 1932.

170 *Morsey:* Untergang, S. 183.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

man dem Aktionismus der Nazis nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte. Die Münsterische Morgenpost forderte im April 1932 „SA-Gruppen geistiger Natur“[171] zu bilden, um die Wahlberechtigten mit Begeisterung für die Sache des Zentrums zu erfüllen. Die von Muckermann gegründete Katholische Liga sollte dies wenigstens im Ansatz leisten, und die Liga zeigte großen Einsatz, ohne die angegebenen Aufgaben erfüllen zu können. Mit dem Ende des politischen Katholizismus bewahrheitete sich ein Wort des damaligen Chefredakteurs des Westfälischen Merkur und Stadtverordneten Theodor Warnecke auf dem Parteitag der Westfälischen Zentrumspartei 1929 in Warendorf: „Scheckbuch und Parteibuch sollte man den Geistlichen nicht in die Hand geben.“[172] Den Methoden der Nazis war eine z. T. von Geistlichen geführte bürgerliche Partei nicht gewachsen. Als die Nationalsozialisten noch das Konkordat vorzeigen konnten, schien manchem das Zentrum seine Mission erfüllt zu haben. Die Partei hatte sich damit ebenfalls „entpolitisiert“. Es kam zu Austritten prominenter Mitglieder, die jedoch deshalb nicht in jedem Fall in die NSDAP eintraten.[173] Die Werbung der NSDAP um die Katholiken war in Münster ganz augenscheinlich bei der Einführung des neuen Bischofs Clemens August von Galen, an der eine SA-Abteilung im Dom teilnahm. Bei verschiedenen offiziellen Feierlichkeiten traten NSDAP, SA und SS zu Feldgottesdiensten an, so daß der beobachtende Zeitgenosse auf ein gutes Verhältnis zwischen Kirche und Nationalsozialismus schließen mußte.

In der nicht sonderlich erfreulichen kommunalpolitischen Szene ließ die *Gemeinsamkeit der Demokraten* häufiger zu wünschen übrig. Das Zentrum versuchte, seine inneren Gegensätze durch zwei Listen bei der Kommunalwahl 1929 zu überspielen, und die SPD setzte eine Wiederholungswahl durch, mußte sich aber vorhalten lassen, daß sie selbst drei Jahre zuvor im Kreis Recklinghausen ebenfalls ohne Bedenken mit zwei Listen kandidiert hatte.[174] Während man auch beim Zentrum geneigt war, die Sozialdemokraten und die Kommunisten unter dem Sammelbegriff „Marxisten“ zu subsumieren, kritisierte der Volkswille nicht immer sehr fair in seiner Rubrik „Die rote Welle“ das Zentrum und seine Politik. Als man dann näher zusammenrückte,[175] war es schon zu spät.

Während einer internationalen Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme, die im Januar 1983 im Reichstagsgebäude in Berlin stattfand, bemerkte ein amerikanischer Historiker, es sei in den Diskussionen fast nichts ausgelassen worden, „außer den wirklichen Menschen, die damals gelebt

171 MMP v. 27. 4. 1932.

172 Interview mit Dr. Warnecke v. 8. 2. 1983.

173 Der Fall eines prominenten Zentrumsmitgliedes ist dem Verfasser bekannt.

174 Zur Kreistagswahl am 9. 5. 1926, MA v. 27. 3. 1930.

175 Vgl. VW, Jahrgang 1930; VW v. 16. 2., 22. 2., 25. 2. 1933.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

haben, mit ihren ungeheuren Hoffnungen und Verzweiflungen, ihren Demütigungen und Ressentiments".[176]

Wenn die Entpolitisierung zunächst auf kommunaler Ebene zu beobachten ist, so zeigt sich eben dort auch ein gegenläufiger Prozeß, eine neue Form der *Politisierung bisher Unpolitischer.* Neue Schichten fanden den Weg zu politischer Beteiligung, sei es, indem sie Massenkundgebungen besuchten, sei es, indem sie in die Wahllokale strömten. Die Mittlerrolle spielten weitgehend die Nationalsozialisten, weil sie durch eine skandalöse *Personalisierung* auch und gerade der Kommunalpolitik, die *Politisierung privater Nöte* bewerkstelligten. Gegen die „oberen Zehntausend" ließen sich die Ressentiments leicht aktivieren. Es begann mit der Verleumdung von Bankdirektoren und endete mit der von Politikern und Spitzenbeamten. Es mag manchen gegeben haben, der dann die hohen Beamten so ungern nicht fallen sah, denn sozialer Neid war schon immer recht leicht mobilisierbar. In diesen Personen – und natürlich in den Juden – war das anonyme „System" faßbar gemacht worden. Als dann die ersten Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte usw. abliefen und vor der Wohnung des entlassenen Oberpräsidenten Gronowski Schmierereien auftauchten – „Bonzen kommen, Bonzen gehen, wir wollen Dich auch hier nicht sehen"[177] – und die Nationalzeitung ausgerechnet in ihrer Ostersonntagsausgabe zu Sprechchören vor der Wohnung Gronowskis aufrief, mag manchem ein Licht aufgegangen sein. Das läßt sich auch daran ablesen, daß zu den Fest- und Feierveranstaltungen zwar „ganz Münster auf den Beinen"[178] war, sich nach den erhaltenen Fotos von nationalsozialistischen Aktionen gegen Gewerkschaften, gegen den „undeutschen Geist", zur Einführung des Oberbürgermeisters usw. aber kaum Publikum einfand. Beim Boykott jüdischer Geschäfte scheint es sogar Diskussionen der SA gegeben zu haben.

Sehr verwunderlich ist es nicht, daß die nun durch ihre persönlichen Beschwernisse politisierten Schichten den *irrationalen Rezeptangeboten* der Nationalsozialisten und deren *Aktionismus* zunächst vertrauten. Es gelang der nationalsozialistischen Propaganda in äußerst kurzer Zeit nach dem 30. Januar eine Art Aufbruchstimmung zu erzeugen und mit ihrem „Sozialismus der Tat" – wie bei der Hitlergeburtstagsspende – eine neue sozial und kommunalpolitisch engagierte Form öffentlicher Aktionen zu zeigen, die den Nazis vorher nur ihre Gesinnungsgenossen deutschnationaler Färbung abgenommen hatten. So war die Eröffnung der SA-Notküche als „Bollwerk gegen die Not des Winters" hochgelobt worden. Nun schien es so, daß doch etwas daran war, an den Worten Hitlers, die dort an der Wand hingen: „Stärke liegt nicht in der Majorität, sondern in der

176 Zit. nach „Die Zeit" v. 21. 1. 1983.

177 StdAMS, Fotosammlung FS 63.

178 MMP v. 2. 5. 1933.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

Reinheit des Willens, Opfer zu bringen."[179] Sicher fand es Zustimmung, wenn die SA auf den Wochenmarkt zog, um auf „Verkäufer und Käufer propagandistisch einzuwirken . . . , daß ein Preis von 1,10 RM für das Pfund Butter und 7 Pf für das Ei für diese Zeit wohl angemessen sei". Mit Hilfe von Lautsprechern wurde gefordert „Gemeinnutz vor Eigennutz zu stellen und ungerechtfertigte Preise abzulehnen".[180] Zweifellos war es populär, die Behörden zu mehr Volksverbundenheit anzuhalten,[181] und es hat sicher auch Wirkung gezeitigt, wenn die SA sich in der leidigen Theaterfrage engagierte, einem kommunalpolitischen Dauerthema der beginnenden dreißiger Jahre. Bereits im August 1932 hatte die NSDAP eine „Kampfbundbühne" gegründet, die arbeitslosen Künstlern Brot gab und sich für den Erhalt des münsterischen Theaters einsetzte unter der Losung „Kunst und Kultur müssen dem Volk erhalten bleiben".[182] Zum Ende der Spielzeit, im März 1933, plädierten die Nationalsozialisten für die Weiterbeschäftigung der Künstler, die z. T. in einer nationalsozialistischen Gastspielbühne auftraten,[183] und betrieben eine massive Abonnentenwerbung, u. a. durch Umzüge und Sprechchöre von SA, SS und BdM in den Straßen der Stadt.[184] Es gab Werbeabende, Spendensammlungen, Hausbesuche; Vereine, Verbände und Behörden wurden eingespannt, und das nationalsozialistische Engagement setzte mit gewissem Erfolg auch auf *„sanfte" Zwänge.*

Die nun von der Regierung Hitler eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen brachten gegenüber den schon in der „Systemzeit" begonnenen Bemühungen, die Wirtschaft anzukurbeln und den Arbeitsmarkt zu entlasten, zunächst nicht viel Neues.[185] Allerdings fanden die *propagandistischen Maßnahmen* auf kommunaler Ebene ihre Entsprechung. War schon die Bezeichnung des am 1. 6. 1933 erlassenen „Gesetzes zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit" ein propagandistischer Effekt, imitierte man in Münster diese Methode. Die Stadtrandsiedlungen, deren Bau nun weiter unterstützt wurde, wurden in „Horst-Wessel-Siedlungen" umbenannt. Neben die Konjunktur belebenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen trat der öffentlich ausgeübte Druck. Die Käufer wurden in einer vom 6. bis 14. 5. 1933 ausgerufenen „Deutschen Woche" aufgefordert: „Kauft deutsch – und bekämpft die Arbeitslosigkeit."[186] Unter dem Slogan „Helft Arbeit schaffen" wurden Bauunternehmer, Handwerker, Kaufleute,

179 WLZ v. 9. 12. 1932; es gab übrigens auch eine Küche der Bürgerlichen Mittelstandsvereinigung, WLZ v. 8. 11. 1932.

180 MZ v. 21. 5. 1933.

181 MZ v. 7. 5. 1933.

182 WLZ v. 30. 9. 1932.

183 NZ v. 5. 4. 1933.

184 NZ v. 21. 6. 1933; MA v. 30. 5. 1933.

185 Vgl. Wolfgang *Sauer:* Die Mobilisierung der Gewalt. In: *Bracher/Schulz/Sauer:* Teil 3, S. 156f.

186 NZ v. 2. 5. 1933.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

bedrängt, weitere Arbeitskräfte einzustellen, und gleichzeitig wurden die „Verräter an der Arbeitsschlacht" sogar mit KZ-Haft bedroht.[187] So gelang zwar nicht die Beseitigung der Not, aber es gelang doch bis zu einem gewissen Grad, Hitlers Postulat von 1931 einzulösen, der damals als Alternative formuliert hatte, daß man entweder die Not tatsächlich beseitigen müsse oder aber das *Gefühl für die Not.*[188]

Das „schwarze Münster" war die letzte Großstadt, die „gleichgeschaltet" wurde.[189] Trotz aller Bemühungen war es den Nationalsozialisten nicht gelungen, in den Wahlen den „Zentrumsturm" in Münster ins Wanken zu bringen, und es war ebenfalls nicht gelungen, mit diktatorischen Mitteln die Bürgerschaft für den Nationalsozialismus einzunehmen. Sicher gab es eine kurze Zeit während des Jahres 1933, in der viele glaubten, es könnte einen Weg zur „Volksgemeinschaft" geben. Welche Integrationsmechanismen dafür wirksam gemacht werden konnten, zeigt das sogenannte „Treuebekenntnis der Westfalen zum Führer", gleichzeitig der 13. Westfalentag, der am 16. und 17. September 1933 in Münster stattfand. Auf verschiedenen Veranstaltungen sprach neben dem neuen Oberpräsidenten von Lüninck und leitenden Vertretern der NSDAP, Karl Wagenfeld, der Geschäftsführer des Westfälischen Heimatbundes und bedeutendste Heimatdichter Westfalens. An der Hauptkundgebung auf dem Hindenburgplatz nahmen nicht weniger als 200 000 Menschen teil, und es ist auffällig, wie stromlinienförmig die Redner westfälische Heimat, Westfälischen Heimatbund, Reich und NSDAP zusammenfügten.[190] Eine Zeitlang mochte es scheinen, als könnte man einfach nur „national" sein, was noch vor der Kommunalwahl vom März 1933 angezweifelt worden war, als das Zentrum sich gezwungen sah, die Frontkämpfer unter seinen Kandidaten öffentlich bekanntzugeben.[191] Doch schon bald war man dafür erneut beweispflichtig geworden, wie ein Bericht über die Mitgliedschaft der Künstlervereinigung Schanze zeigt: Unter den 23 Mitgliedern konnte man 19 Frontkämpfer vorweisen.[192] Nur bis gegen Ende 1933 hielt der trügerische Friede auf kirchlichem Gebiet, als es die ersten Auseinandersetzungen um konfessionelle Einrichtungen gab und die ersten Geistlichen verhaftet wurden.[193] Interpretiert man die anfangs zitierten Berichte im Kontext der Entwicklung bis 1934, dann wird man von einer verbreiteten Zustimmung zum Nationalsozialismus nicht sprechen können. Die Nationalsozialisten konnten sich eine Zeitlang als Alter-

187 MA v. 20. 8. 1933.

188 Nach Michael *Wolffsohn:* Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930-1934. Berlin 1977, S. 107.

189 MMP v. 21. 5. 1933.

190 StdAMS, Polizeiregistratur Nr. 96, I.

191 MMP v. 12. 3. 1933.

192 MZ v. 21. 4. 1933.

193 NZ v. 22. 12. 1933.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org

native darstellen und Teile der Gesellschaft durch Okkupation des Nationalen und durch vielfältige Zwänge auf sich fixieren. So konnten vor allem die Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Zugzwang gebracht und das alte Syndrom nationaler Unzuverlässigkeit gegen die Katholiken reaktiviert werden. Als es dann eben nicht ‚anders', sondern ‚ganz anders' geworden war, als man sich je hatte vorstellen können, war die Unzufriedenheit mit den neuen Herren auch dort weit verbreitet, wo es vorher Zustimmung gegeben hatte,[194] nur, daß man jetzt auf andere Parteien nicht mehr ausweichen konnte, wie dies gegen Ende der Weimarer Zeit praktiziert worden war. Im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen um den Bischof von Münster wagten einzelne nun sogar in der Öffentlichkeit „Nieder mit Hitler!"[195] zu rufen.

194 Vgl. etwa Gestapo-Bericht über Mai 1935, StAMS, Politische Polizei, III. Reich, Nr. 434.
195 Ebd.

Quelle: Westfälische Zeitschrift 134, 1984 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org